

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Belegungs-Vereinigung für 1893 unter Nr. 4708.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst S. Nr. 4188.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 20. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Militarismus.

Europa in Waffen.

(Nachstehender Artikel ist der „Question Sociale“ von Bordeaux, einem unserer französischen Bruderorgane, entnommen und beruht auf der Arbeit eines französischen Militärs. R. d. „B.“)

In ganz Europa, die kleinsten Staaten nicht ausgenommen, spricht man gegenwärtig nur noch von Rüstungen, Vermehrung der Truppen und des Kriegsmaterials und selbstverständlich also auch von neuen Steuern.

In Deutschland drängt bekanntlich die Militärvorlage augenblicklich alle anderen Interessen in den Hintergrund. Und das Gleiche geschieht in Italien, in der Schweiz, in Dänemark — kurz überall, selbst in Ländern, die, weil sie am meisten außerhalb der großen europäischen Bewegung stehen, am wenigsten von einem allgemeinen Brande bedroht sind, wie z. B. Schweden und Norwegen.

Diese Zustände schildert in schlagender Weise ein Mann, der mit vorstehender Frage wohl vertraut ist, der Kapitän Molard, ehemals Professor der Geographie in Saint-Cyr, jetzt Major im Generalstabe der 19. Infanterie-Division.

In einer Arbeit über „die Militärkraft der Staaten Europas“ zeigt Kapitän Molard an der Hand der neuesten offiziellen Angaben, welche Lage die preussischen Eroberungen in Europa geschaffen haben. Einige Zahlen werden besser als lange Erörterungen ein richtiges Bild von den Verhältnissen geben.

Im Jahre 1869 vermochten ins Feld zu stellen:

Frankreich	1 350 000 Mann	Schweden und Norwegen	130 000 Mann
Deutschland	1 300 000 „	Belgien	95 000 „
Rußland	1 100 000 „	Portugal	70 000 „
Oesterreich-Ungarn	750 000 „	Dänemark	45 000 „
Italien	570 000 „	Holland	45 000 „
England	342 000 „	Montenegro	40 000 „
Spanien	300 000 „	Griechenland	35 000 „
Türkei	220 000 „	Rumänien	35 000 „
Schweiz	150 000 „	Serbien	25 000 „

Im Jahre 1892 dagegen betrug die Zahl der nach einer Mobilisierung verfügbaren Truppen in

Frankreich	2 500 000 Mann	Schweiz	212 000 Mann
Rußland	2 451 000 „	Rumänien	159 000 „
Deutschland	2 417 000 „	Belgien	128 000 „
Italien	1 514 000 „	Holland	110 000 „
Oesterreich-Ungarn	1 050 000 „	Serbien	80 000 „
Türkei	700 000 „	Portugal	80 000 „
England	450 000 „	Bulgarien	70 000 „
Spanien	450 000 „	Griechenland	70 000 „
Schweden und Norwegen	270 000 „	Dänemark	61 000 „
		Montenegro	55 000 „

Und wenn die neuen Rekrutierungspläne voll in Wirkung getreten sind, können an ausgebildeten Mannschaften ins Feld stellen:

Deutschland	5 000 000 Mann	Schweiz	489 000 Mann
Frankreich	4 350 000 „	Rumänien	290 000 „
Rußland	4 000 000 „	Belgien	258 000 „
Italien	2 236 000 „	Bulgarien	200 000 „
Oesterreich-Ungarn	1 900 000 „	Holland	185 000 „
Türkei	1 500 000 „	Griechenland	180 000 „
Spanien	800 000 „	Serbien	180 000 „
England	602 000 „	Portugal	150 000 „
Schweden und Norwegen	510 000 „	Dänemark	91 000 „
		Montenegro	55 000 „

Natürlich sind die Militär- und Marinebudgets der verschiedenen Staaten Europas in entsprechendem Verhältnis gewachsen. Sie haben sich auf mehr als das Doppelte erhöht in Rußland (von 615 Millionen auf 1239), Deutschland (von 280 Millionen auf 702), Italien (von 176 auf 362 Millionen), Dänemark, Schweden und Norwegen und Rumänien.

In Griechenland ist das Militärbudget von 8 1/2 Millionen im Jahre 1867 auf 24 Millionen im Jahre 1892 gestiegen; in der Schweiz von 2 1/2 Millionen im Jahre 1869 auf mehr als 45 Millionen im Jahre 1892.

Ein einziger Staat, Serbien, hat im Jahre 1892 ein etwas niedrigeres Kriegsbudget als 1869 (11 Millionen statt 13).

Aus alledem ergibt sich nach Kapitän Molard, daß Europa im Jahre 1870 zu Kriegszwecken eine Summe von nahezu 8 Milliarden ausgab. Heute beläuft sich die entsprechende Summe auf nahezu 5 Milliarden.

Im Jahre 1870 unterhielt Europa ein stehendes Heer von wenig mehr als 2 000 000 Mann; heute unterhält es nahezu 8 500 000.

Im Jahre 1870 glaubte Europa im Kriegsfall bei äußerster Anstrengung gegen 7 000 000 Soldaten ins Feld stellen zu können; heute würde es 12 500 000 entsenden, und die neuen Gesetze suchen diese Ziffer auf mehr als 22 000 000 zu erhöhen.

Im Jahre 1870 dachte man nur ganz beiläufig an einen etwa bevorstehenden Krieg, und alle Völker widmeten sich im Frieden ihren Arbeiten und suchten ihre Kultur und ihre Reichthümer zu erhöhen, ohne sich besonders um das Morgen zu kümmern; heute lastet der Gedanke eines unabwendbaren, verhängnisvollen Krieges auf Jedermann in jedem Augenblick, hemmt jeglichen Verkehr, verzögert die Lösung der sozialen Fragen, kurz, zwingt die Völker, alles dem einen Interesse der Vertheidigung unterzuordnen.

Das, schließt Kapitän Molard, das sind für Europa die unmittelbaren, greifbaren Folgen der Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreichs zu Gunsten Preußens, der Bevormundung aller Welt, welche dieses sich anzumassen trachtete, und endlich der Herfälligkeit Frankreichs.

Dies der Artikel.

Man muß sagen, daß der französische Generalstabs-Offizier ein sehr vernünftiger Mann ist. Was er über die Aufrichtung des Deutschen Kaiserreichs und über die Her-

stückelung Frankreichs sagt, wird freilich nicht den Beifall unserer Patrioten finden, entspricht aber zweifellos der geschichtlichen Wahrheit. Daß das Deutsche Reich, soweit es das Werk Bismarck'scher Politik ist, einen kriegerischen Charakter hat, kann der unparteiische Beurtheiler ebenso wenig bestreiten, als er die Thatsache bestreiten kann, daß ganz wesentlich aus der Annexion von Elsaß-Lothringen der gegenwärtige schmache und unheilvolle Zustand Europas hervorgegangen ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Januar.

Im Reichstage ist von dem Abg. Mintelen (Centr.) folgender Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesuchentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen: Dem § 69 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich wird folgender zweiter Absatz beigelegt: „Die Verjährung ruht während der Zeit, in welcher auf Grund des Gesetzes eine Strafverfolgung nicht begonnen oder nicht fortgesetzt werden kann. Das Fehlen des in den Strafgesetzen selbst vorgeschriebenen Erfordernisses des Antrags auf Strafverfolgung oder der Ermächtigung zu derselben hindert nicht den Beginn der Verjährung.“

Die preussische Staatsschuld betrug nach dem Etat der Staatsschuldenverwaltung für das laufende Etatsjahr 6 043 507 255 M. und stellt sich für das Etatsjahr 1893/94 nach Abrechnung der erfolgten Tilgungen und unter Zurechnung der neu aufgenommenen Verpflichtungen auf 6 243 773 430 M., also um rund 200 Mill. Mark höher. Die Gesamttausgabe für die Staatsschuld befreit sich nach dem Etat für 1893/94 auf 279 439 050 M. oder um 7 526 407 M. höher als im Vorjahre. Davon sind erforderlich zur Verzinsung 239 660 340 M., zur Tilgung 17 079 452 M., zur außerordentlichen Tilgung 20 167 209 M., endlich an Renten 1 429 555 M., während sich die Verwaltungskosten auf 1 102 491 M. belaufen.

Einen Rückzug in der Sonntagsruhe bezeichnet die von uns bereits gemeldete Verfügung der preussischen Minister des Handels, des Innern und des Kultus an die königlichen Oberpräsidenten, betreffend die Ausführungsanweisung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, welche heute der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Die Verfügung wird nicht verfehlen, eine ganze Reihe Ausnahmestimmungen zu schaffen, welche die Sonntagsruhe stückweise beseitigen.

Die armen Apothekenbesitzer. Der Vorstand des Vereins der Apotheker des Regierungsbezirks Düsseldorf-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Gans Nuzingen.

Soziale Studie von H. de Balzac. Deutsch von Curt Baake.

Der Kirchendiener zu den Bettlern: Macht, daß Ihr fort kommt! Wir haben für die Armen schon bekommen. Bettelt hier nicht herum!

Jetzt ist er im Zuge! brach Couture bewundernd aus. In der That! Auch uns im Nebenzimmer war es so gewesen, als hörten wir jeden Laut, der in einer Kirche bei einer Kirchenfeier ertönt. Vigirou ahnte alles nach, selbst das Geräusch der Leute, die dem Sarge folgten; er scharrte da mit den Füßen auf der Diele.

„Es giebt Dichter, Romanschreiber, Schriftsteller,“ nahm er den Faden seiner Erzählung wieder auf, „die viel Schöneres von den Pariser Sitten zu sagen wissen. So geht es aber in Wahrheit bei einem Begräbnis zu. Von hundert Menschen, die einem armen Todten die letzte Ehre erweisen, sprechen nunmehr neunzig noch in der Kirche von ihren Geschäften und Abenteuern. Um einen kleinen, aufrichtigen Schmerz beobachten zu können, bedarf es unmöglicher Umstände.“

Aber giebt's denn überhaupt einen Schmerz ohne Egoismus?

„Ha! ha!“ lachte Blondet. „Nichts wird weniger respektirt, wie der Tod; vielleicht darum, weil er so wenig respektabel ist?“

„Er ist so gemein“, sehte Vigirou seine Gedanken fort.

Das Todtenamt war zu Ende. Nuzingen und Du Tillet fuhren zum Kirchhof mit. Der alte Kammerdiener ging zu Fuß. Der Kutcher fuhr hinter dem Leichenwagen.

— Nun, lieber Freund, sprach Nuzingen in seinem jüdisch-elsässischen Dialekt zu Du Tillet, als ihr Wagen in den Boulevard einbog, — Se kennen sich keine bessere Gelegenheit wünschen, um sie heirathen Malvoine. Sie werden der Beschiger der weinenden Familie sein. Sie werden ein Haus, eine Heimath haben. Sie kennen ein schönes Haus führen, Malvoine ist wirklich ihr Geld werth.

„Als wenn der alte Freibeuter Nuzingen selber spräche!“ rief Finot.

Vigirou fuhr fort: — Ein reizendes Mädchen, sagte Du Tillet mit Feuer, aber ohne sich zu erheben.

— In einem Wort der ganze Du Tillet,“ rief Couture.

— Leuten, die sie nicht kennen, kann sie freilich häßlich erscheinen, aber Seele hat sie, gestehe ich gern, schloß Du Tillet.

— Und ein hü guttes Herz, lieber Freund, trau wie Gold und so klug. Wer mag wissen bei dem Geschäft, wer Koch und wer Kellner ist. Da ischt's graubes Blick, wenn man sich kann verlassen auf das Herz der Frau. Ich geb' Ihnen meine Delphine, und sie hat mir mitgebracht mehr als eine Million, wenn ich haben könnte Malvoine, die keine so graube Mitgift hat.

— Wie viel hat sie denn? —

— Wie heißt? Weiß ich es? Aber bekommen werd sie was mit.

— Mag sein, erwiderte Du Tillet. Sie hat aber eine Mutter mit großer Vorliebe für rosenroth.

Diese Bemerkung machte Nuzingen's Anbohrungen ein Ende.

Nach dem Diner theilte der Baron der Wittwe Wilhelmine Adolphus mit, daß sich ihr bei ihm angelegtes

Vermögen auf höchstens viermalhunderttausend Franks belaufe.

Die Tochter des Hauses Adolphus in Mannheim verlor, als sie erfuhr, daß sie von nun an mit nur vier- undzwanzigtausend Franks Rente jährlich auskommen müsse, völlig den Kopf. Sie rechnete und rechnete: es wollte nicht hinreichen.

— Wie? sprach sie zu Malvoine, wie? ich konnte sechs-tausend Franks jährlich bloß für den Schneider ausgeben! Wo nahm denn Dein Vater nur das Geld her? Mit vierundzwanzigtausend Franks ist nichts anzufangen. Wir sind ruiniert, sind am Bettelstab. Ach, wenn mein lieber, seliger Vater mich so sähe, er würde vor Kummer sterben, wenn er nicht schon gestorben wäre. Arme Wilhelmine! — Und sie brach in Thränen aus.

Malvoine wußte nicht, wie sie ihre Mutter trösten sollte. Sie stellte ihr vor, wie jung und schön sie noch wäre, und wie gut ihr Rosa stände. Frau von Nuzingen würde ihr gewiß gern ihre Loge in der Oper zur Verfügung stellen. Und allmählig wiegte sie ihre Mutter in einen süßen Traum von Festen, Ballen, Musik, schönen Toiletten und Eroberungen ein, in einen Traum, der sie unter den Vorhängen eines blauweiden Bettes in einem eleganten Schlafzimmer umfing, welches an das Gemach grenzte, in dem zwei Tage zuvor der Baron Jean Baptiste Aldrigger verschieden war.

Geben wir einen kurzen Abriss seines Lebens.

Jean Baptiste Aldrigger war ein ehrlicher Glaffer und Bankier in Straßburg gewesen. Er hatte etwa drei Millionen zusammengespart, als er im Jahre 1800 im Zenith seines Vermögens, zu dem ihm die Revolution verholfen hatte, im sechsunddreißigsten Jahre seines Lebens die Erbin der Mannheimer Adolphus aus Neigung und Berechnung zugleich heirathete. Wilhelmine war der Lieb-

bar hatte eine Petition an das preussische Abgeordnetenhausein, in welcher herzbrechender Jammer erhoben wurde über die Vermehrung der Apotheken, deren Konkurrenz den Werth der bisherigen Apotheken beeinträchtigt. Die Wehklage der Apothekenbesitzer fand aber nicht einmal in der Petitionskommission mitfühlende Herzen; es wurde vielmehr beschlossen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Ueber die Zeiterwendung des Reichstags klagt die „Nationalliberale Korrespondenz“. Drei volle Tage habe der Reichstag für die Nothstands-Interpellation, und außerdem noch 7 Tage für Interpellationen und die Abwardische Angelegenheit verwendet. Auch wir sind der Meinung, daß der Reichstag viele Zeit vergeudet, aber nicht mit seinen Interpellationen, sondern damit, daß er Vorlagen, wie die Militärvorlage, die Steuervorlagen, die lex Heinze, das Auswanderungsgesetz und andere gleichwertige Vorlagen nicht kurzer Hand gleich von der Schwelle abweist. —

Revolution von oben. Das „Konservative Wochenblatt“, welches von dem gouvernementalen Herrn v. Helldorf geleitet ist, hat staatsrechtliche Gedanken. Es schreibt: Die Ausschüsse auf eine günstigere Zusammenfassung eines neuen Reichstages, falls es zur Ausführung kommen sollte, dürfen schon jetzt als wesentlich gelobene bezeichnet werden. Und wenn diese Annahme täuschend sollte, so sind die gegenwärtigen Reichstags-Mitglieder über die dringenden Gründe der Forderungen der Militärvorlage nunmehr genügend unterrichtet, um zu fühlen, in welchem Maße sie die Verantwortung für das ernste Dilemma, vor welchem die verbündeten Regierungen alsdann stehen würden, trifft. Denn man weiß jetzt, daß dieses Dilemma von der Frage gebildet werden würde: sollen die verbündeten Regierungen auch dann vor dem allgemeinen Wahlrecht Halt machen, wenn sie der festesten Ueberzeugung sind, daß die Existenz des Reiches auf dem Spiel steht und daß der — ohnehin genügend, bis zum Rande des Bechers und bis zum Ueberlaufen bewiesene — Unverstand dieses Wahlrechts der Nation schwere Opfer kosten wird?

Herr von Helldorf denkt also an die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, und dies wäre ein Staatsverbrechen. Nicht das allgemeine Wahlrecht leidet an Unverstand, sondern Herr von Helldorf und die so denken wie er. Wissen die Herren nicht, daß das allgemeine Wahlrecht die Grundlage des Deutschen Reiches ist, — die einzige Einrichtung, welche diesem Reich Werth in den Augen des Volkes, und damit Kraft verliehen hat? Die Helldorff und Konsorten sind wahrhaftig keine Reichsfürsten. Und glauben die Helldorff und Konsorten, das deutsche Volk würde sich das Wahlrecht so ohne weiteres par ordre du Mouffis entreißen und sich politisch entmündigen lassen? Da irren die Herren sich gewaltig. Und sind die Herren Helldorff und Konsorten so weit zurück, um nicht zu begreifen, daß ein Staatsverbrechen die Revolution von oben ist, und daß, wer die Revolution von oben befürwortet und versucht, die Revolution von unten hervorruft und rechtfertigt? Und die Helldorff und Konsorten bezeichnen die Sozialdemokraten als „Umstürzler“! —

Ueber die Unterredung des Kaisers mit Krupp und Stumm schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

„Der Zustand im Saarrevier ist anscheinend Gegenstand einer Unterhaltung gewesen, welche der Kaiser am Montag mit Kommerzienrath Krupp und Freiherrn von Stumm, die er bei sich zur Tafel sah, hatte. In parlamentarischen Kreisen wird behauptet, daß es den beiden genannten Herren nicht gelungen sei, das Ohr des Kaisers für die im Reichstag geäußerten Ansichten des Abg. von Stumm zu gewinnen. Vielmehr sollen die Auseinandersetzungen, die der Kaiser mit dem Handelsminister von Bötticher hatte, die Oberhand behalten haben.“

Nach der offenen Haltung, welche Krupp und Stumm und deren gesammter kapitalistischer Anhang gegen die kaiserlichen Erlasse einnehmen, gegen welche sie einen förmlichen Feldzug organisierten, erscheint schon die Einladung, welche sie vom Kaiser erhielten, als alles andere eher, als eine Mißbilligung. —

Die Bismarck'schen geben sich alle Mühe, die Glaubwürdigkeit der in Schorer's Familienblatt veröffentlichten Erinnerungen an Lothar Bucher zu erschüttern. Wir sind natürlich nicht in der Lage, für die Richtigkeit jeder einzelnen Thatsache und Anekdote einzustehen. Wenn aber bestritten wird, daß Lothar Bucher sich über seinen „Chef“

ling der ganzen Familie; binnen zehn Jahren fiel ihr das Gesamtvermögen des Hauses zu.

Albriggers Reichthum verdoppelte sich dadurch. Der Kaiser Napoleon erhob ihn zum Baron, und er gewann den großen Mann, der ihm den großen Titel verliehen, so gern, daß er im Ernst an die Sonne von Austerlitz glaubte und sich in den Jahren 14 und 15 für ihn ruinierte.

Der ehrliche Elasser stellte seine Forderungen nicht ein, befriedigte seine Gläubiger nicht mit Papieren, die in seinen Augen werthlos waren, bezahlte alles bei offener Kasse und zog sich gänzlich vom Bankgeschäft zurück. Nuzingen, sein erster Kommiss, urtheilte damals über ihn: Ein ehrlicher Mann, aber dumm! Nach Abwicklung aller Geschäfte blieben ihm noch fünfmalhunderttausend Franks und Forderungen an das verachtete Kaiserreich.

Ich hab zu viel an den Napolium geglaubt, sagte der Elasser.

Ist man einmal der erste in einer Stadt gewesen, so kann man dort als zweiter oder hundertster nicht mehr leben. Der Baron machte es wie alle ruinirten Provinzialen, er ging nach Paris, trug muthig dreifarbigte Hosenträger, in die der kaiserliche Adler gestickt war und verkehrte ausschließlich in Kreise der Bonapartisten.

Bei Nuzingen legte er sein Geld an; er bezog von der Gesamtsumme acht Prozent. Nuzingen hatte sogar gegen bloß sechzig Prozent Damno seine Forderungen an das Kaiserreich angenommen, weshalb ihm auch Albrigger die Hand drückte und zu ihm sagte: „Du bist ein wahrer Elasser!“ Nuzingen trieb die Forderungen dann durch die Vermittlung einer hochgestellten Persönlichkeit beim Staat ein und erhielt sie voll auszahlt.

Albrigger war zwar tüchtig mitgenommen worden, er hatte aber immerhin noch ein jährliches Einkommen von vierzigtausend Franks. Zu diesem Nummer trat der Spleen hinzu, von dem alle an's Spiel gewöhnte Leute, wenn sie das Spiel aufgeben müssen, befallen werden. Albrigger's Spleen bestand in dem Gedanken, daß er seiner Frau jeden Wunsch erfüllen müsse, weil auch ihr Vermögen bei seiner Liquidation darauf gegangen war: er hatte es, obwohl er gesetzlich nicht dazu verpflichtet war, wie ein junges

so ungünstig ausgesprochen habe, als wie es in den Erinnerungen heißt, so sind wir in der Lage, auf's authentischste zu versichern, daß Lothar Bucher sich über den Betreffenden wiederholt noch viel schärfer geäußert, ja daß er den Augenblick verwünscht hat, wo er mit ihm zusammentraf. —

Eine Erinnerung aus dem Jahre 1848. Der „Kreuz-Zeitung“ wird geschrieben:

Am 15. Januar ist in Straßburg der emeritirte Realschuldirektor Dr. Ernst Brandt beimgegangen. Er ist es gewesen, was fast nur seine alten Freunde wissen, dem im Jahre 1848 eigentlich die Rettung des Palais des damaligen Prinzen von Preußen zu danken ist, indem er als Studentenoberst mit dem Studentencorps das Palais besetzte und beschützte. Kaiser Wilhelm I. hat dem Entschlafenen für jene Rettung seines Hauses seine besondere Gnade bewiesen.

Die Sache stimmt nicht ganz. Möglich, daß Dr. Ernst Brandt als Studentenoberst in den Märztagen das Palais besetzt hat. Möglich, aber gleichgiltig. Der Sturm auf das Palais des damaligen Prinzen von Preußen, dem allgemein die Schuld der Regelei des 18. März zugeschrieben ward, wurde nicht durch eine Studentenbesetzung verhindert, sondern durch die Geistesgegenwart der damaligen Leiter der Bewegung, die das Wort: „National-Eigenthum“ in Riesenbuchstaben an dem Gebäude anbringen ließen, so daß das Volk glaubte, das Schloß sei, nebst dem Privatvermögen des Prinzen, in den Besitz des Staats übergegangen („konfisziert“). —

In betreff der Militärvorlage scheint auch auf die Opposition des Freisinn nicht ganz zu rechnen zu sein. In Würzburg hat der dortige freisinnige Verein nach der „Würzburger Zeitung“ einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Der freisinnige Verein Würzburg erwartet vom Deutschen Reichstag, daß derselbe einer Erhöhung des Militäretats nur dann zustimmt, wenn sowohl die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt, als auch wenigstens die notwendige Erleichterung des Beschränkungsverfahrens und eine vollständige Reform des Militärgerichts-Verfahrens zugestanden wird.“

Stärker kann sich die Kompromißneigung wirklich kaum zu erkennen geben. —

Kräftige Antwort auf eine dumm-freche Frage. Bismarck spricht sich in seinem Organ nicht bloß gegen das allgemeine gleiche, sondern auch gegen das geheime Wahlrecht aus. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben:

Die Anonymität hat niemals für eine Empfehlung einer politischen Meinungsäußerung gegolten, warum gerade bei dem wichtigen und einschneidenden Akt der Wahl?

Warum? Nun, die Antwort liegt nahe. Weil es Schurken giebt, die den armen, bedrängten und abhängigen Mann, der sein Wahlrecht öffentlich ausüben würde, ihre Macht fühlen lassen und seine Abhängigkeit benutzen würden, um ihn ins Elend zu stürzen. Die geheime Wahl ist ebenso notwendig, wie Geleitwachen notwendig waren, als Strauchritter und Wegelagerer die Straßen unsicher machten. Die Heimlichkeit der Wahl ist notwendig, um das Wahlrecht zu schützen gegen wegelagernde Palunken, mögen sie feudale Junker oder kapitalistische Prozen und Schlotjunker sein. —

Militärische Freuden. Aus Posen, 18. Januar, berichtet die „Posener Zeitung“ in ihrer Abend-Ausgabe vom 18. Januar:

Das Offiziercorps des 40. Infanterie-Regiments unternahm gestern in 82 Schlitten einen Ausflug nach dem Eichwald, wobei in dem ersten Schlitten das Militärkorps des Regiments untergebracht war. Bei der Abends erlosenen Nacht fuhr man direkt zum Kernwerk, wo die Mannschaften (bei einer Temperatur von 20 Grad unter Null) an beiden Seiten des Weges von der Großen Schleufe bis zum oberen Rehlthor mit Jackeln Spalier bildeten.

Gehört dieses Spalierbildern mit Jackeln auch zur militärischen Ausbildung? Dann allerdings ist die Erhöhung der Militärpräsenzstärke geboten. Wir enthalten uns der weiteren Bemerkungen über den kameradschaftlichen Geist der Truppen, der bei dieser Schlittensfahrt zu Tage tritt. Die Offiziere mit lustiger Musik frohlich und wohlgenuth auf laufenden Schlitten und die Mannschaften zu beiden Seiten bei 20 Grad Kälte frierend und die Jackeln haltend, um den Herren Offizieren den Weg zu erleuchten. An den passenden Bemerkungen wird es bei unseren Lesern gewiß nicht fehlen. —

Mädchen, das von Geldgeschäften nichts versteht, zur Befriedigung seiner Gläubiger in seiner Gutmuthigkeit hingegen.

Seine Frau vermied also die gewohnten Genüsse nicht, statt im Iden Straßburg war sie im vergnügten Paris. Schon damals stand, so wie heute, das Haus Nuzingen an der Spitze der Finanz und ihrer Gesellschaft, und der geschickte Baron machte sich eine Ehre daraus, den ehrlichen Baron wie einen Bruder aufzunehmen. Die Tugend nahm sich in seinen Salons so prächtig aus.

Jede Winteraison rief ein Loch in Albriggers Kapital, aber der Baron wagte der Perle der Adolphus keine Vorstellungen zu machen. Seine Färllichkeit war die starrsinnigste und unverständigste, die man sich nur denken konnte. Ein ehrlicher Mann, aber dumm!

Als er im Sterben lag, dachte er: Was soll aus ihnen werden, wenn ich nicht mehr bin? Als er einen Augenblick mit seinem Kammerdiener Wirth allein war, legte er ihm, zwischen zwei Erstickungsfällen, Frau und Tochter ans Herz, als wenn dieser elässische Kaleb der einzig Vernünftige im Hause gewesen wäre.

Drei Jahre nachher, Anno 1826, war Naura neunzehn Jahre alt und Malvine noch immer nicht verheirathet. Malvine war endlich durch ihren Verkehr in der Gesellschaft dahinter gekommen, wie oberflächlich die Beziehungen dort im Allgemeinen sind, wie alles belatscht und kritisiert wird.

Gleich den meisten sogenannten wohlgezogenen Mädchen hatte Malvine von dem Mechanismus des Lebens, dem Werth des Geldes, der Schwierigkeit es zu verdienen und dem Preis der Dinge nicht die geringste Ahnung gehabt. Deshalb war in diesen sechs Jahren jede Lehre, die sie darüber empfing, eine Wunde für sie gewesen.

Die bei Nuzingen angelegten viermalhunderttausend Franks, die Albrigger hinterlassen hatte, waren der Baronin gutgeschrieben worden, denn der Nachlaß ihres Mannes war ihr größtmalshunderttausend Franks, ihre Wittgilt, schuldig. Und die kleine Sennerin schlopfte, wenn sie kein Geld hatte, wie aus einer unerschöpflichen Quelle, aus diesem Kapital.

(Fortsetzung folgt.)

„Einen Fußtritt gib uns, o Fremdling!“ bettelten einst den das Vaterland besuchenden Dichter des Wintermärchens die Hunde der Heimath an. Die gleiche Wille richtet das verrufenste der Berliner Reptilblätter an uns, indem es sich heute beschwert, daß wir sein neuliches Gewäsch, die Faktion der Sozialdemokraten habe durch die Nothstands-Interpellation ihre Unterwerfung unter die „Ballonmützen“ befundet, nicht gebührend berücksichtigt hätten. Nun — wir wollen dem Reptil seine Bitte erfüllen — da ist der Fußtritt! —

Die Dresdener Polizeidirektion hat jetzt auch eine Versammlung verboten, in welcher ihr Verbot der Arbeitslosenstatistik besprochen werden sollte. Sie beruft sich für dieses neue Verbot auf die §§ 5 und 12 des sächsischen Vereinsgesetzes. Sie scheint also die Besprechung ihres Verbotes für etwas Unsitliches zu halten und in ihr zugleich eine dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu erblicken. Der sächsische Polizeidirektor kann im Stolz auf seine Weisheit ausrufen: Wir sein aber sehr helle! Aus solchen Maßregeln, wie sie in Sachsen nur zu oft vorkommen und von unsern Gegnern als selbstverständlich erachtet werden, erstieht man, wie in Sachsen die ganze bürgerliche Gesellschaft sich schon am Ende ihrer Tage wähnt, so daß ihr jede Maßnahme, so wenig Erfolg sie auch haben kann, gegen die Sozialdemokratie recht ist. Oder glaubt man etwa, durch solche Polizeimaßregeln den Fortschritt der Sozialdemokratie aufhalten zu können? —

Der Bergarbeiter-Streik im Saarrevier ist bereits am Dienstag in Bildstock vom Streik-Komitee für beendet erklärt und wurde sofort nach allen Richtungen hin Weisung gegeben, die Arbeit wieder aufzunehmen. —

Das italienische Klein-Panama scheint sich zu einem recht großen auswachsen zu wollen. Die Schwindelerei der Römischen Bank ließen sich nicht mehr zudecken, und der Direktor der Banca Romana, Tanlongo, sowie der Kassirer, Lazzarone, sind heute verhaftet worden. Verschiedene Staats- und Privatbanken haben mit der Römischen Bank gemogelt, und, falls die Sache nicht veruscht wird, steht ein Skandalprozess erster Ordnung in Aussicht, dem auch, da verschiedene hohe Politiker verwickelt sind, der politische Hintergrund nicht fehlen wird — um die Ähnlichkeit mit dem französischen Original vollständig zu machen. —

Frankreich. Neue Enthüllungen über Entdeckungen in der Panama-Angelegenheit. Panama-Skandal kann man nicht mehr sagen — dazu ist die Sache zu groß geworden. Es sind gestern über tausend neue Unthaten aufgefunden, und außerdem vor der Untersuchungskommission sehr gravirende Aussagen gegen Clemenceau gemacht worden, dessen Tochtermehel mit Reinach und Herz sich in immer deutlicheren Unrissen zeigt. Der frühere Sekretär Reinach's sagte aus, daß er im Auftrage Reinach's Clemenceau eine Liste der Besichtigten gegeben habe, und zwar dieselbe, welche Andrieux besessen. Und diese Liste soll Clemenceau dem berichtigten Herz übergeben haben, der sie zu Erpressungsversuchen gegen Reinach benutzte und diesen in den Tod trieb. Clemenceau leugnet alles. Segen Herz, der in England sich befindet, ist ein Haftbefehl erlassen und die Auslieferung gefordert. Da Herz gemeiner Verbrechen angeklagt ist, so wird die Auslieferung ohne Anstand erfolgen, falls Herz sich inzwischen nicht in Sicherheit gebracht hat.

Von den anderthalb Milliarden, d. h. tausend und fünfshundert Millionen, welche die Panama-Räuberbande dem französischen Volk aus der Tasche genommen hat, sind, wie nun festgestellt ist, tausend Millionen einfach gestohlen worden. Die übrigen 500 Millionen wurden für die Kanalarbeiten — nicht ausgegeben, aber doch bestimt, — und wie man jetzt erfährt, ist auch der größte Theil dieser Summe von Abenteurern aller Art vergeudet und gestohlen worden.

Es werden ungläubliche Dinge erzählt, die den Strafrichter noch beschäftigen werden. Jedenfalls war diese ganze Panama-Spekulation von Anfang an ein benutzter, systematischer Diebeschwindel in größtem Stil, und je mehr die Wahrheit bekannt wird, eine desto erbärmlichere Rolle spielt auch die Vespers-Familie, Vater und Söhne. —

Der Bund sozialistischer Gemeinden in Frankreich, der voriges Jahr gegründet ward und durch die Demagogen, Verleumdungen und Spötereien der reaktionären Gegnerschaft nur gekräftigt worden ist, wird am 18., 15. und 16. Juli in St. Denis seinen Jahreskongress abhalten. Man sieht, die Franzosen suchen auf dem Gebiet der Organisation nachzuholen, was sie in den letzten Jahrzehnten veräußt haben. —

Die Einigung der französischen Sozialisten ist eine vollendete Thatsache. Der Aktionsauschuss, über dessen Aufkündigung die Gegner so laut jubelten, was nur der Anfang — eine bessere Form ist gefunden und die Nothwendigkeit gemeinsamen Vorgehens, die von den Ereignissen so eindringlich gepredigt wird, drängt sich von Tag zu Tag kräftiger auf, so daß an eine Lockerung des Bundes nicht zu denken ist, das im Gegentheil durch die Verhältnisse immer fester gezogen wird. Daß die Masse der sozialistischen Arbeiter schon seit Langem für die Einigung war, ward wiederholt von uns hervorgehoben. Den vereinigten Sozialisten hat sich Millerand mit seinen Freunden Goblet und Dacroy angeschlossen, so daß für den Fall einer Aktion das gesammte Proletariat mit den revolutionären bürgerlichen Elementen, welche die letzten Konsequenzen des Sozialismus angenommen haben, Schulter an Schulter stehen würde. Für die monarchistisch-pfässischen Verschöbierer, die jetzt geru im Trüben gefischt hätten, bedeutet diese Einigung aller sozialistischer Elemente das Grab der letzten Hoffnungen. —

Die orientalische Frage, das heißt in die Sprache der Gegenwart übersetzt: die Frage, ob Rußland die Türkei erobern und den Orient beherrschen soll, beschäftigt seit mehr als einem vollen Jahrhundert die europäischen Politiker, und läßt ihnen auch jetzt keine Ruhe. Trotz Mithras, Cholera und Bankrott ist das Jarenreich von fortwährendem Landhunger geplagt und freck, um ihn zu befriedigen, nach zwei Seiten hin die Diebesfinger aus: nach Zentralasien und nach den Balkanländern und Egypten. Während Rußland sich in Asien näher und näher an Indien heranschleicht, bohrt und wühlt es unablässig in Rumänien, Serbien, Bulgarien — bombardirt die Borte mit der Forderung, die Dardanellen den russischen Kriegsschiffen zu öffnen, und arbeitet — unterstützt von den Franzosen — im Stillen

lande gegen die Engländer. Diese haben bekanntlich den Rheidive, der dem Buchstaben nach Basall des Sultans, in Wirklichkeit aber Basall John Bull's ist, unter völliger Vormundschaft, die ihm begreiflicherweise nicht sehr angenehm ist. Vor einigen Tagen nun suchte er sich seines Mentors, des Ministerpräsidenten Mustapha Fehmi Pascha zu entledigen, gab ihm den Laufpaß und setzte einen anderen Ministerpräsidenten ein. Die Verklücktheit dauerte jedoch nicht lange. Der Vormund in London sprach dem unbotmäßigen Pflögling per Telegraph sehr kräftig ins Gewissen, und — seit gestern ist Mustapha Fehmi Pascha wieder Ministerpräsident des Rheidive — der selbstverständlich den wunderbar raschen Wechsel „aus eigenem Antriebe“ vorgenommen hat. —

Aus dem Saarrevier erhalten wir folgende Erklärung:
Auf die Rede des Herrn Ministers v. Berlepsch im Reichstage erklärt der Vorsitzende des Grubenausschusses, Peter Klein in Altenwald, folgendes:

Der Herr Minister die drei Petitionen (die erste im Dezember 1891, die zweite im April 1892, die dritte im Dezember 1892, die Deputation Thoma-Schillo ist im Besitz der letzten Schriftstücke) nicht erhalten, welche der Grubenausschuß an den Minister geschickt hat, dann möge er sich die Protokolle von der Inspektion gefälligst schicken lassen, da findet er genug über die Beschwerdepunkte der Bergarbeiter.

Es sind fast alle Knappschäftältesten und Gruben-Ausschußmitglieder abgelegt und größtentheils solche, welche weiter nichts verdrachen, als daß sie die Aufträge der Belegschaften erfüllt haben. Eine Schande ist es, daß man Leute, die aus der Mitte der Kameraden gewählt sind, um die Beschwerden der Belegschaften klarzustellen, abgelegt hat.

Wir fragen den Herrn Minister, ob es auf einem anderen Werk so zugeht, wie im Saarrevier. Der Grubenausschuß warnte im Juni vorigen Jahres die Inspektion resp. die Direktion vor einem Vorgehen, wie es die Reduzierung der Gehälter und Löhne auf allen Flözen 60 Pf. pro Tonne und des Schichtenlohnes um 20 bis 25 Prozent ist.

Da sind wir (die Gruben-Ausschußmitglieder) von der Behörde ausgelacht worden; sie sagte, wir könnten mehr leisten, da läme es wieder heraus. Darauf haben die Vertreter des Grubenausschusses und die Knappschäftältesten geantwortet: „wenn es zu einem Reack läme, dann wären wir nicht schuld daran, sondern die Verwaltung, und die Verantwortung solle man nicht auf unser Konto schreiben.“

Die letzte Petition war von 198 Gruben-Ausschußmitgliedern unterschrieben und ist im Dezember vorigen Jahres an den Herrn Minister v. Berlepsch abgesandt worden. Hat der Herr Minister diese nicht bekommen? Die Behandlung ist eine einseitige. Die Bezahlung ist bei einem Drittel eine gute, damit dieselben das Schiffelein hoch halten, während bei zwei Dritteln die Bezahlung eine schlechte ist.

Die Richtigkeit obiger Zeilen bescheinigt
Bildstock, den 18. Januar 1893.
Peter Klein.

Parlamentarisches.

Die Wahlen gemacht werden. Die Wahlprüfungskommission beschloß in ihrer Sitzung vom 12. Januar die Wahl des Abgeordneten von Hedern im 9. hannoverschen Wahlkreis für unzulässig zu erklären. Dieser Beschluß wurde mit 5 gegen 4 Stimmen gefaßt, und er wird voraussichtlich im Plenum des Reichstags sehr heftig angegriffen werden. Die Kommission kam zu ihrem Beschlusse besonders in Berücksichtigung eines Flugblattes, das von dem Oberbergamts von Detten zur Stichwahl zwischen von Hedern und unserem Genossen Barrer losgelassen wurde und das in punkto Einschüchterung so ziemlich das Höchste leistet, was auf diesem Gebiete überhaupt geleistet werden kann. Wie der Herr Oberbergamts, so auch die Arbeitgeber.

In welcher Weise es einzelne von diesen Herren trieben, darüber finden wir im Bericht der Kommission folgende Angaben der eidlischen Aussage des Zeugen Much:

„In der Zeit zwischen der ersten Wahl und der Stichwahl betrieb der Witthaber der Firma Malzfeldt u. Söhne, welche die fiskalische Wähler in Calenberg in postweiser Richtung hat, Herr Bremer, sämtliche Arbeiter der Calenberger Wähler, zu welchen auch ich damals gehörte. Er theilte uns mit, 8 von uns hätten bei der ersten Wahl nicht die Stimmzettel abgegeben, die er uns gegeben hätte. Woher er dies wußte, kann ich nicht sagen. Ich kann nicht behaupten, daß die Stimmzettel künstlich zusammengefaßt oder sonst äußerlich erkennbar waren. In der That hatte ich den Stimmzettel, welcher mir gleich den übrigen Arbeitern auf der Wähler eingekündigt war, bei der Wahl nicht abgegeben. Vor der ersten Wahl hatte uns nun Herr Bremer für den Fall, daß wir die uns eingekündigten Stimmzettel bei der Wahl nicht abgeben würden, nichts angedroht, dagegen sagte er bei der oben erwähnten Gelegenheit, als er uns zwischen der ersten und der Stichwahl zusammenberief, wer von seinen Partnern Irinen nähme oder nicht abgebe, wäre hiermit in 14 Tagen gekündigt. Zu mir besonders bemerkte er noch, daß ich auch davon Bescheid wußte, daß drei ihren Stimmzettel nicht abgegeben hätten.“

„Die Zettel waren, so viel ich weiß, durchaus nicht künstlich zusammengefaßt, waren auch sonst nicht kenntlich gemacht. Nur fiel mir auf, daß unter einzelnen Buchstaben des Namens des Wahlkandidaten, welcher von Herrn Bremer selbst geschrieben war — ich kenne dessen Handschrift — kleine Buchstaben standen, welche nicht zum Namen zugehörten, und zwar auf jedem Stimmzettel, den ich gesehen habe, nur ein Buchstabe, aber immer ein verschiedener vermerkt, der unter dem einzelnen Buchstaben, bei den verschiedenen Stimmzetteln verschieden war, geschrieben war.“

Der Zeuge erzählt nun weiter, daß er keinen Zettel auf dem Komptoir geholt und folgedessen entlassen worden sei. Die Wahlprüfungskommission war der Meinung, daß eine Wahlvereinsfassung unter Androhung der Arbeitskündigung nicht als unzulässig zu erachten sei. . . .

„Um so bedenklicher erschien aber der Kommission die Aussage des Zeugen in bezug auf die Art und Weise, wie angeblich seitens des Arbeitgebers sich die Möglichkeit verschafft sei, eine Wahlkontrolle anzubringen. Diese Angabe des Zeugen erschien in einem um so bedenklicheren Lichte, als, da der Arbeitgeber nicht Mitglied des Wahlvorstandes war, die Ausübung der Wahlkontrolle nur möglich erschien unter geschwinderer Mitwirkung eines Mitgliedes des Wahlvorstandes. Bereits in der Sitzung vom 10. März 1892 hatte die Kommission beschlossen, daß behufs Prüfung der Angabe des Zeugen in bezug auf ihre Richtigkeit die in dem Wahlbezirk Schulenburg (Kreis Springe) abgegebenen Stimmzettel einzufordern seien. Die in der heutigen Sitzung erfolgte Prüfung der übersandten Stimmzettel ergab das folgende überraschende Resultat: Es fanden sich 24 offenbar von derselben Hand geschriebene, auf Mitunterzeichner von Hedern lautende Stimmzettel, auf denen unter

einem einzelnen Buchstaben ein kleiner Strich sich befand, und zwar in der Weise, daß auf jedem einzelnen Zettel ein verschiedener Buchstabe unterstrichen war. Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß durch diese vorerwähnten Stimmzettel die Aussagen des Zeugen Much voll und befähigt wurden, nur mit dem Unterschiede, daß nicht ein Buchstabe sondern ein Strich zur Kennzeichnung der einzelnen Stimmzettel gebraucht war, daß also eine Kontrolle über die Abstimmung der Arbeiter in der vom genannten Zeugen angegebenen Art beabsichtigt und dadurch die Arbeiter in der Freiheit der Abstimmung beeinträchtigt worden sind. Aus der Aussage des Zeugen geht hervor, daß bereits bei der Hauptwahl eine Kontrolle thatsächlich ausgeübt wurde; hiernach erscheint es wahrscheinlich, daß auch bei der Stichwahl die, wie nachgewiesen, beabsichtigte Kontrolle auch thatsächlich ausgeübt ist. . . .

Die Kommission erwog, was dieser rassistischen und durch die vorausgehende Mitwirkung des Wahlvorstandes oder eines Mitgliedes des Wahlvorstandes auch amts- und geschwändigen Wahlkontrolle gegenüber zu thun sei. Eine eidlische Vernehmung der im Verdachte stehenden Personen erschien nicht angängig; von einer unedlichen Vernehmung konnte sie sich ein Resultat nicht versprechen. Sie beschloß daher, den Fall der preussischen Regierung zu weiterer Veranlassung zur Kenntnis zu bringen. Ferner beschloß die Kommission, die sämtlichen im Wahlbezirk Schulenburg auf den gewählten Abgeordneten gefallenen Stimmen, nämlich 185, in Abzug zu bringen.“

Es ist also ein Schurkenreich der gemeinen Art aufgedeckt und neugierig darf man darauf sein, was die preussische Regierung gegenüber dem Pächter der fiskalischen Mühle, Herrn Bremer, unternimmt und was der Wahlvorstand gegenüber der schweren Anschuldigung, die der Bericht der Wahlprüfungskommission erhebt, zu sagen hat. Auf keinen Fall darf der Schurkenreich, der hier aufgedeckt wurde, todtgeschwiegen werden.

Zweite Sitzung der VIII. Kommission lex Feinze. Die Debatte begann über den zweiten Absatz des § 180, welcher lautet:

Die Vermietung von Wohnungen an Weibspersonen, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt sind, bleibt straflos, wenn sie unter Beobachtung der hierüber erlassenen polizeilichen Vorschriften erfolgt.

In der Kommission wurde der Wunsch laut, daß einer der anwesenden Regierungsvertreter zunächst das Wort ergreifen möchte, um sich über die Bedeutung und Tragweite dieses Absatzes, über den viel Unklarheit bestehe, auszusprechen. Dies geschah. Der Regierungsvertreter hob hervor, daß es den verbündeten Regierungen sehr fern liege, die Verbote wieder einzuführen, daß es sich aber darum handele, behufs besserer Ueberwachung der Prostituirten, in Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit ihres Treibens dieselben nach Möglichkeit in besonderen Häusern und Straßen zu isolieren. Für die Möglichkeit dieser Maßregel wurde auf eine Anzahl Berichte von Polizeibehörden aus Orten hingewiesen, in denen schon gegenwärtig solche Maßregeln beständen. Mit Ausnahme der Abg. von Holleufer und Dr. Erdmann sprachen sich sämtliche Redner gegen die vorgeschlagene Maßregel aus, und zwar geschah dies von Seiten der Abg. Gräber, Träger, Porsch und Söder, die von den verschiedenen Gesichtspunkten aus die Gefährlichkeit wie die Wirkungslosigkeit der geplanten Maßregel darlegten. Die Vorbelle, die man nicht wolle, seien die notwendige Folge einer Maßregel wie die vorgeschlagene. Abg. Söder beschränkte sich über die Unthätigkeit der Polizei gegenüber dem provokatorischen Auftreten der Prostituirten auf den Straßen und an öffentlichen Orten. Abg. Träger hielt die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für ausreichend zum Schutz des Publikums, weiter zu gehen sei bedenklich. Abg. Porsch erklärte seinen in der ersten Sitzung angeführten Antrag auf Amendirung des Absatzes II nicht einbringen zu wollen, nachdem er sich von der Bedenklichkeit dieses Absatzes durch die bisher stattgehabte Debatte überzeugt habe. Abg. Dr. Erdmann erklärte sich für die Regierungsvorlage vom medizinischen Standpunkt aus und suchte unter Hinweis auf die Ansicht und Urtheile der medizinischen Fachmänner und schloß auf seine eigenen Erfahrungen nachzuweisen, daß eine Isolirung der Prostituirten notwendig sei, um die im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege so nötige ärztliche Kontrolle ausüben zu können.

Wegen vorgerückter Zeit unterbrach der Redner seinen Vortrag.

Die Fortsetzung der Debatte wurde vertagt und die nächste Sitzung auf Freitag Vormittag 10 Uhr anberaumt.

Versammlungen.

Eine von 2500 Personen besuchte Arbeitslosen-Versammlung tagte am 18. in der Vordrauerlei. Einige Zeit vor Eröffnung derselben war der Zugang zum Lokale behördlich abgesperrt, obgleich nach Raum vorhanden war, welcher durch Hinausbesördern von Tischen und Stühlen vergrößert wurde, so daß die Versammlungsbesucher, welche auf Umwege hineingelangten, immerhin noch Platz fanden. Reichstags-Abgeordneter Genosse Wedel hielt einen anderthalbstündigen oft von dem lebhaftesten Beifall begleiteten Vortrag. Der Staatssekretär von Witticher leugnete wohl den Nothstand, würde er jedoch Einbild in diese Versammlung nehmen, müßte er eines Besseren belehrt werden. Redner gab der Ueberzeugung Raum, daß, wenn alle 4 heute stattfindenden Versammlungen so stark besucht sind, wie diese, es dennoch erst der weitaus kleinste Theil der Arbeitslosen ist. Die überwiegend größte Mehrzahl, die Zehntausende nicht Auswärtigen, seien nicht einmal mehr im Stande, eine Versammlung besuchen zu können, ihnen fehlt es an nöthiger Bekleidung. Das noch nicht erstorbene Schamgefühl hält sie ab, in Aufstellen erregendem Zustande auf der Straße zu gehen. Die Hauptnoth der Arbeiterklasse befindet sich in den Vororten der Großstädte, weil die Arbeiter gezwungen sind dort zu wohnen. Die Größe des Nothstandes zahlenmäßig festzustellen, sind wir nicht in der Lage, diejenigen, die eine Statistik feststellen können, haben keinen Versuch dazu gemacht, weil aus Furcht, daß diese Zahlen die Größe des Nothstandes und die Verschuldung des Staats und der Gesellschaft andeuten müßten. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, wie die Verhältnisse liegen. Durch die dreitägige Interpellationsdebatte ist mindestens eine propagandistische Wirkung erreicht. In Anbetracht des großen moralischen Erfolges der Sozialdemokratie, der sich darin dokumentirt, daß man das Innere in bitterer Form an sie stellt, dafür Sorge zu tragen, die Arbeitermassen zu veranlassen zur Landarbeit zurückzukehren, beweist, daß das Vertrauen der herrschenden Parteien in sich selbst zusammenfällt. Ein akuter Nothstand hat sich nicht bloß in der Arbeiterbevölkerung, sondern auch in anderen Schichten der Gesellschaft fühlbar gemacht. Dadurch, daß 100 000 Arbeiter arbeitslos und somit brotlos sind, müssen sie ihre Konsumtionsfähigkeit auf ein Minimum einschränken, dieser Zustand wirkt auf alle, von denen sie ihre Lebensbedürfnisse bezogen haben. Hierzu kommt noch, daß tausende von Arbeitern bei verlürzten Löhnen arbeiten müssen, ebenfalls konsumtionsunfähiger werden. Im Deutschen Reich haben beispielsweise 5 000 000 Arbeiter wöchentlich einen Mindererwerb von 2 Mk., sie müssen also für allernothwendigste Lebensbedürfnisse insgesamt 10 000 000 Mk. weniger ausgeben. Naturgemäß muß sich jede Gesellschaftsordnung fortentwickeln, vervollkommen. Mit dem Tage, an welchem eine Fortentwicklung nicht mehr stattfinden kann, muß sie zurückgehen, das bedeutet ihren Tod. Je mehr die technische Entwicklung vorwärtsschreitet, vergrößert sich der Konkurrenzkampf, erstreckt

sich auf Erdbheil gegen Erdbheil. Die Zahl der Kleinbetriebe hat sich seit 1875 um einen ansehnlichen Prozentfuß verringert. Die Fabrikinspektion zeigt, in welcher riesenhaften Maßstabe die Zahl der weiblichen Arbeiter gemachsen ist, trotzdem die Anwendung der Dampfkraft menschliche Arbeitskraft unzulässig macht. 50 pCt. davon kommen hauptsächlich in der Landwirthschaft in Anwendung. Diese Revolution verursacht, daß die Massen aus dem alten Zufriedenheitsdusel herauskommen, und theil haben wollen an allen Produktionsergüssen. Das ist die Kardinalfrage, die gelöst werden soll und muß. Amerika hat eine bessere Gewerbe- und Industriestatistik wie Europa. 1870 hatte die Baumwollindustrie 2801 Fabriken, deren Zahl hat aber 1890 um 59 pCt. abgenommen. Das Quantum der Produktion war jedoch gestiegen. Die Zahl der Arbeiter hat bedeutend abgenommen, eben durch die technische Fortentwicklung der Maschinen. Somit vermehrt die Steigerung der technischen Hilfsmittel die Arbeitslosigkeit. Das ist die Strafe. Unsere Gesellschaft hat keine Ahnung, wie sie Bagabunden züchtet, der Arbeiter greift als letztes Mittel zum Schnaps, sinkt tiefer und tiefer, seine Widerstandsfähigkeit nimmt ab. Ein Beispiel bietet das Handwerkerhandwerk auf der Landstraße, dem die heutige christliche Gesellschaft das Letzte, das Betteln verbietet. Erklärlich ist, daß diese Arbeitslosen weder Lust noch Fähigkeit zum Arbeiten haben. Je mehr die Löhne sinken, je mehr vermindert sich die Konsumtionsfähigkeit. Mag dagegen der Kapitalist noch so verschwenderisch leben, etwas bleibt, das legt er als Kapital an; doch nicht das Kapital befruchtet, sondern die Arbeit. Würde heut die ganze kapitalistische Gesellschaft auf eine entlegene Insel befördert, wäre es nicht schade, wir könnten ruhig weiter arbeiten. Jene aber lägen ihre Millionen bleischer in den Flagen, sie könnten davon nicht fortbestehen. Wir sehen, wie in den letzten Jahren der Zinsfuß sank, der deutsche Kapitalist legte seine Kapitalien in fremden Papieren an, was macht es aus, daß derselbe in den letzten Jahren ein paar tausend Millionen verloren. Soll der kleine Bourgeois statt mit 5, 3/4 oder 3 pCt. Zinsen rechnen, nennt er das nach seinem Begriffe auch Nothstand. Die Thatsache der Arbeitslosigkeit kann nicht bestritten werden. Die Lebenslage der Bauhandwerker und Außenarbeiter ist so gedrückt, daß sie weit davon entfernt im Sommer Ersparrnisse für den Winter zu machen, jetzt nicht einmal mehr im Stande sind die Schulden zu bezahlen, die während der arbeitslosen Zeit gemacht werden müssen. Hiermit sind besonders die Kleingewerbetreibenden in Mitteldeutschland gezogen, die zum großen Theil nur noch durch Wechselreiterer bestehen. Um diesen Kleinen schöne Ausblicke zu eröffnen, sei den Ultramontanen ein ganzer Haufen Anträge gestellt worden, doch selbst wenn die Antragsteller selbst an die Regierung kämen, wären sie nicht im Stande, ihren eigenen Anträge zu verwirklichen. Wunderbar, daß der Staatssekretär in derselben Stunde den Nothstand leugnet, in welcher Miquel in seiner Rede ein Defizit von nahezu 60 Millionen, hauptsächlich durch die verminderten Eisenbahneinnahmen, konstatiert, weil eben der Frachtverkehr enorm abgenommen hat. Für eine Verwaltungsreform, die die Sozialreform auf ihre Fahne geschrieben, ist es bezeichnend, daß sie wegen schwachen Personal- und Materialvermögens Arbeitsentlassungen und zwar zuerst Entlassung der Militärs und für die Aelteren den schwächeren Leistungen entsprechende Lohnreduzierungen anordnet. In Breslau will man den Eisenbahnschaffnern zumüthen, Pelzmantel, Mütze und Stiefeln aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Zur Erweiterung und Anlage neuer Eisenbahnbauten sind 200 Millionen Anleihe bewilligt. Bayern hat 40 Millionen bewilligt, allein man rührt sich nicht, und doch können Holz- und Erdoberarbeiten in Angriff genommen werden. Es würden viele Betriebe dadurch Beschäftigung finden, wenn nur der Staat von den vorhandenen Mitteln Gebrauch machte. Vielleicht ist der Zeitpunkt viel näher als man glaubt, wo die bestehende Gesellschaft durch die Macht der Verhältnisse der Selbstauflösung verfällt, und dann ist es an uns, den Döbel anzusehen. Bei dieser Umgestaltung wird die Frauenbewegung eine Rolle spielen, wie sie dieselbe bisher nie gespielt hat, eine entscheidende Rolle. Wir sehen es schon an den Bergarbeiterfrauen des Saarreviers. Statt zu hemmen, werden die Frauen vorangehen! — Die Rede wird mit kühnem Bravo ausgenommen. Nach Verlesung der Resolution, die allen vier Versammlungen vorgelesen wurde und einstimmige Annahme fand, wurde gegen eine kleine Anzahl Stimmen das Bureau, bestehend aus den arbeitslosen Genossen Ringing, Klingberg und Silberstein als Deputation gewählt, welche eine gleichlautende Resolution an maßgebender Stelle vorlegen soll. Ein Vertreter der Heilsarmee hatte in der Diskussion zuerst das Wort. Der Herr redete die Versammelten als seine Brüder an und verlangte praktische Winke, wie und wo es möglich sei, etwas hauptsächlich für die Familienväter zu thun. Zeidler gab aus seinem eigenen Leben eine packende Schilderung zum gegenwärtigen Nothstand. H. Seidel hielt die Abschickung einer Deputation für überflüssig, da man im arbeitenden Volke das Vertrauen zu jenen Herren verloren habe. Im Uebrigen legte er die erschreckende Nothlage im Tapeziergewerbe, dem er angehört, klar, hierzu besonders hervorhebend, daß er nicht im Stande gewesen sei, die Pfandscheine von vor zwei Jahren einzulösen (Zwischenruf: Pfandscheine dem Minister mittheilen). G. Pösch (Kellner) besand, daß die arbeitslosen Kellner allein schon im Stande sind, diesen und andere Sätze zu füllen, da zwei Drittel der 20 000 Kellner hier in Berlin im Winter ohne Arbeit seien. Wille findet es begrifflich, daß man den Nothstand leugnet, wo man eben einzig an die Förderung des Militarismus zu denken scheint. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten die Sozialdemokratie erzeugt. Am Schluß seiner Ausführungen gab der Redner ein grauenhaftes Bild von der Behandlungsweise der Landarbeiter. Zuankitz gab an, er sei im vorigen Jahre beim Bräudenbau in Friedenan verunglückt, er war 28 Wochen arbeitsunfähig, bekam nirgends Unterstützung, nur 10 Mk. von der Armenverwaltung, die er jedoch nach 14 Tagen wieder zurückzahlen sollte. Steuern verlangte man ihm auch ab. Er sah sich gezwungen, sein Bett und alles zu verkaufen, um diesem gerecht zu werden, erhielt einige Tage in einer Fabrik Arbeit, wurde aber auch bald wieder entlassen. Gegenwärtig habe er mit seiner Wöhrligen Mutter nichts zu essen, ihm bleibe nichts übrig, als sich und dieselbe aufzuhängen. Klingberg, Aurer, berichtet von traurigen Nothlagen, kritisiert die Arbeiterentlassungen in Kiel, wo noch 40 jährige Arbeiter als zu alt befunden worden. Mit 70 Jahren haben die Arbeiter aber erst Anspruch auf die Altersrente. Im Schlußwort hebt der Referent eine Anzahl Punkte, die aus der Debatte hervorgegangen sind, noch besonders hervor, und hält es für fast unglücklich, daß den zum Schneeschippen angestellten Arbeitern 50 Pf. für Verbrauch der Arbeitswerkzeuge abgezogen und ihnen nur täglich 2 Mk. bezahlt würden. Wedel ging ferner noch auf die Massenmaßregelungen der Bergarbeiter ein und legte dar, daß die Sparlaffen-Verhältnisse kaum von Einfluß auf die wirtschaftlichen Zustände seien. Der Redner bemerkte noch nebenbei, daß es wohl gänzlich zwecklos sei, dem Minister Stimmzettel als Beweis vorzulegen; würde jedoch darauf bestanden, sei die Deputation nicht im Stande, alle Stimmzettel zu transportieren. Auch auf diese Ausführungen erfolgte langanhaltender Beifall. Unter Abklingen der Marxfeilsays verließen die Versammelten um 1 1/2 Uhr das Lokal.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Wie halten die Sache damit für erledigt, daß wir auf Wunsch des betreffenden Genossen in der gestrigen Nummer eine Erklärung gebracht haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 20. Januar.
Opernhaus. 6. Sinfonie-Abend.
Schauspielhaus. Donna Diana.
Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Proberpeil.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Das Räthchen von Heilbronn.
Kroll's Theater. Mala Vita.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Durch die Intendanz. Die Lore.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Fürstin Ninetta.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Geschlossen.
National-Theater. Soldatenehre.
Alexanderplatz-Theater. Maria Stuart.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 27. Male:
Modernes Babylon.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannskind. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Novität! Novität!
Der Dussel
 (Kulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm-Edo. . . Martin Bondix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner.
 Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Tai-za-Wunder.
 Geheimnisvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
 Fantoche-Theater.
 Anders Illusionen.
 Sämmtlich ohne Extra-Entree.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Welt-Vokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
 Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
 mit großem Programm.
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kassenöffnung 1 Std. vorher.
 Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété
 Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Das Theater bleibt wegen Heizungsstörungen 2 Tage geschlossen.
Mittwoch, den 25. Januar:
Erstes grosses Masken-Kostümfest.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
 Freitag, den 20. Januar 1893,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung.
 U. A.: Mr. James Pills mit dem Schulpferde Gerinal. Punsch, schwed. Ponghengst, komische Original-Treffur vom Clown Misko u. Zum Schluss: **Ein Künstlerfest.**
 Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister **A. Siems.** Mit überraschenden Licht- und Wassereffekten. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt vom Direktor **Fr. Renz.** Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen.
 Morgen, Sonnabend: Gr. Vorstellung mit neuem Programm und Ein-Künstlerfest. Sonntag: 2 große Vorstellungen. Um 4 Uhr (1 Kind frei): Auf vielseitiges Verlangen: Die lustigen Heideberger. Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest.
Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.
 Moritz-Platz.
 Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Vahenhofers Lagerbier,** hell und dunkel.
 Au **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten u.

Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Koppel-Sänger.
 Kinder 10 Pf.
 Wochentags frei.
 Sonntags 30 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
 zu Versammlungen und Vergnügen, sowie 6 Billards und 3 Regalbahnen.
F. Sadtke.

Schmiedel's Festsäle,
 Alto Jakobstr. 32,
 neben dem Thomas-Theater.
 Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne u. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter kulantesten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.
Ein Saal
 (Osten od. Südosten), ca. 350 Personen fassend, für einen Sonnabend im Februar oder März gesucht. Offerten erb. **Schenk, Blumenstr. 30.** 979b

Orts-Krankenkasse der Maurer.
 Diejenigen Vertreter (Delegirte) der Krankenkasse, welche gewillt sind sofort oder später eine freiwillige Krankenkasse auszuüben, werden ersucht sich bei dem Präsidenten der Kasse **Holzmarktstr. 48a** zu melden.
 255/3 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Formerverammlung
 am Montag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Müller, Johannis-Str. 20.**
Tagesordnung:
 1. Welche Organisation ist den heutigen Verhältnissen am besten angemessen? Referent **Th. Schwartz.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 154/2 **Der Einberufer.**

Zentralverb. der Maurer Deutschlands
 (Zahlstelle I Berlin, Putzer).
Sonntag, den 22. Januar 1893, Vormittags 11 Uhr,
Dresdenerstr. 96:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Weiterberatung unserer Lohnsätze. 2. Verschiedenes und Fragebeantwortung. — Auch werden die Kollegen ersucht, in der Versammlung die Statistikbücher in Empfang zu nehmen.
 244/7 **Der Bevollmächtigte.**

Achtung, Stuckateure!
Am Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a:
Große öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Wahl der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes. — Wir bitten die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.
 271/9 **Die Vertrauensleute.**

Verband der im Bergolder- und verw. Gewerben besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.
 Da die General-Versammlung am Montag nicht genehmigt war, so findet dieselbe am **Montag, den 23. Januar, Abends 9 Uhr,** mit derselben Tagesordnung bei **Scheffer, Inselstr. 10,** statt. — Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Mitgliedsbuch legitimirt.
 [355/6]

Den Mitgliedern des **Interessen-Vereins der Kistenmacher**
 zur Nachricht, daß in folgenden erichteten Zahlstellen Sonnabends von 8 1/2 bis 10 Uhr Beiträge entgegen-genommen werden: 1. Adalbertstr. 16 b. B. Schmidt, Restauration; 2. Markusstr. 23 bei Rawrott, Restauration. Dasselbst werden auch Mitglieder auf-genommen.
 Um zahlreichen Beitritt der Kollegen bittet
 191/5 **Der Vorstand.**

Verein der Gummiarbeiter Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 22. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr:
Generalversammlung
 bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.
Tagesordnung:
 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1892.
 2. Neuwahl für die auscheidenden Vorstandsmitglieder.
 3. Vortrag: Die Forderung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Referent: Genosse **Otto Thierbach.**
 4. Diskussion.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 965b **Der Vorstand.**

Öffentliche Versammlung
 sämtlicher in der **Firmenwilderbranche** beschäft. **Arbeiter**
Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr,
 bei **Wienecke, Alte Jakobstraße 83.**
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
 2. Diskussion.
 3. Ausstellung eines Ersatzkandidaten zum Gewerbegericht.
 4. Verschiedenes.
 Die arbeitslosen Kollegen werden hiermit besonders eingeladen.
 964b **Die Agitations-Kommission.**

Arbeiter-Verein f. Rummelsburg u. Umg.
General-Versammlung
Sonntag, den 22. Januar, Vorm. 11 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Borchmann, Hauptstraße 11.**
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom letzten Quartal.
 2. Abrechnung vom Stiftungsfest und Weihnachts-Vergnügen.
 3. Bericht des Bibliothekars.
 4. Verschiedenes.
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 110/7 **Der Vorstand.**
 Destillation und Restauration im Vereinsloz, passend f. Parteigenossen, sof. f. Inventarpreis z. verkaufen.
 Näh. Alt-Neubau 87, Laden. 961b

„Zum Prophet“
Welthans
 für Herren- und Knaben-Garderoben.
 I. Etage. **Am Dönhoffplatz.** I. Etage.
 Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.
Um zu räumen,
kommen zum Ausverkauf ohne Rücksicht auf deren bisherige Preise:

Ein Posten Winter-Paletots	von 8 M. an.
Ein Posten Sand-Paletots f. starke Herren	12
Ein Posten Vellurinen-Mäntel	10
Ein Posten Hohenjollern-Mäntel	21
Ein Posten hochfeine Paletots in Frise, Montagnac, Düssel, Belour mit Cloth, Stepp- und Seidenfutter	15
Ein Posten Kaiser-Mäntel	10
Ein Posten kompl. blaue Cheviot-Anzüge	10
Ein Posten kompl. feinere Anzüge	15
Ein Posten Gehrock-Anzüge, hochfein	26
Ein Posten Hosen in Vorkin, Rannungarn u.	4
Ein Posten Nouveauté-Hosen	6
Ein Posten Haus- und Jagdsoppen in Loden u.	6
Ein Posten Interims-Joppen, elegant	8
Ein Posten Schlafrocke in Double u.	7
Ein Posten Schlafrocke in Belour, Frise u.	10
Ein Posten Westen, hochfein	1 1/2
Ein Posten Knaben-Anzüge, schwere Waare	2 1/2
Ein Posten Furschen-Anzüge in Satin, Belour u.	5
Ein Posten Jünglings-Anzüge in Cheviot, Tuch u.	7
Ein Posten Knaben-Paletots mit und ohne Pelzlinie, sowie Hohenjollern-Mäntel zu äußerst billigen Preisen.	

Händler und Wiederverkäufer erhalten auf obige Waaren keinen Rabatt.

Verein der Einsetzer (Tischler) Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Jahresabrechnung. 2. Stellungnahme zum Deutschen Tischler-Verband event. Auflösung des Vereins.
 Unser diesjähriger Maskenball findet am **11. Februar** im Friedrichstädtischen Kasino, Friedrichstraße 296, statt. Billets sind bei den Komitee-Mitgliedern zu haben.
 NB. Die Billets vom Stiftungsfest sind so schnell wie möglich zurückzugeben, behufs Abrechnung. — Die Mitglieder werden auf unsere Statuten aufmerksam gemacht, namentlich ist § 5 Absatz 1 zu berücksichtigen. — Der **Arbeitsnachweis** befindet sich im Vereinslokal Neue Friedrichstr. 44, Abends von 8-9 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um zahlreichen Besuch
 145/5 **Der Vorstand.**

Central-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. verw. Geschäftszweige. (E. H. 33.)
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr, in den Sälen des Industriegebäudes (früher Nordert), Penthstr. 19-21:
Haupt-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Kassen- und Kontrollbericht. 2. Wahl des gesamten Vorstandes. 3. Verschiedenes. 118/18
 NB. Unsere Kasse bleibt auch unter dem neuen Geheiß als Kasse, welche dem § 76 genügt, bestehen; demgemäß sind unsere Mitglieder vom Beitritt in die Ortskasse befreit.
Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein.
Sonntag, den 21. Januar, Abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht vom 4. Quarteljahr und Jahresbericht pro 1892. 2. Bericht über die Bibliothek und Wahl eines Bibliothekars. 3. Festsetzung der etwa nötigen Gehälter. 4. Beschlussfassung, betr. das Inserationsorgan. 5. Bericht vom Weihnachts-Vergnügen und Ausgabe der Billets zu dem am 18. Februar in Keller's Hofjäger stattfindenden Wiener Maskenball. 331/8
Quittungsbuch legitimirt. **Der Vorstand.**

Achtung! Friedrichsfelde und Umgegend. Achtung!
Große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen
am Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Maikowsky, Wilhelmstraße Nr. 11.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fr. Tutzauer.**
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen nicht entgegen
 336/11 **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Generalversammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Rixdorf und Umgegend
am Sonntag, den 22. Januar 1893, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schüb, Pring Handjersstraße Nr. 7.
Tages-Ordnung:
 1. Verlesung des Protokolls. 2. Kassenlegung und Bericht der Revisoren. 3. Vortrag des Genossen **Reherau** über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen“. 4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten. — Gäste haben Zutritt.
 962b **Der Vorstand.**

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 17.

Freitag, den 20. Januar 1893.

10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 19. Januar 1893. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Malchahn.

Der Abg. Göser, Vertreter für XVII Württemberg, ist gestern nach schweren Leiden in Berlin verstorben. Die Mitglieder erheben sich zum Gedächtniß des Verstorbenen von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Novelle zum Börsensteuergesetz, welche die Stempelgebühr für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte durchweg verdoppeln und damit eine Verdoppelung der Einnahmen von 18 auf 26 Millionen Mark herbeiführen will.

Staatssekretär v. Malchahn: Die Steuererhöhung, welche das Bier und den Branntwein treffen würde, wird nach der Ansicht des Reichstags vorzugsweise oder ausschließlich von den minder begüterten Klassen der Bevölkerung getragen. Von der Börsensteuer wird dies mit Recht nicht behauptet werden können, diese ist vielmehr ein Mittel, um auch die wohlhabenden Klassen zu einem Beitrag für die durch die Heeresvorlage erwachsenden Mehrkosten des Reichs heranzuziehen. Es handelt sich durchaus nicht um eine der Börse feindliche Maßregel, sondern einfach um ein finanzielles Erforderniß. Wir stehen vor der Notwendigkeit, die Kosten für neue Reichsausgaben aufzubringen, und dazu soll auch die Börsensteuer einen Beitrag liefern. Diesem Bedürfnis gegenüber kann auch die Rücksicht auf den augenblicklichen Zustand des Börsenverkehrs, auf die vorhandene wirtschaftliche Depression nicht ausschlaggebend sein.

Die Vorlage wird, auch wenn sie angenommen wird, keineswegs ihrem ganzen Effekt nach sofort in Kraft treten, und niemand kann doch sagen, ob nicht in kurzem diese wirtschaftliche Depression und das augenblickliche Darniederliegen des Börsengeschäfts einem neuen Aufschwung Platz gemacht hat. Wenn die Eingänge aus der Börsensteuer in den letzten Jahren thatsächlich zurückgegangen sind, so ist dies nicht eine Folge der Börsensteuer, sondern eben eine solche der allgemeinen ungünstigen Gestaltung der wirtschaftlichen Lage. Wenn wir jetzt die Sätze verdoppeln, so wird eben, wenn die Ursachen der wirtschaftlichen Depression und mit ihnen diese selbst verschwunden ist, das Einkommen aus der verdoppelten Steuer das doppelte sein. Man fürchtet auch eine Schädigung des Arbitragegeschäfts von der Vorlage. Eine Scheidengrenze im Wege des Gesetzes läßt sich zwischen soliden und unsoliden Geschäften nicht ziehen. Die sonstigen Vorwürfe gegen die Verdoppelung sind ungefähr dieselben, welche schon bei der ersten Beratung des Entwurfs eines Börsensteuer-Gesetzes vorgebracht worden sind. Die Steuer wird auch nach der Verdoppelung nicht so hoch sein, daß der Verkehr sie nicht tragen könnte. Wenn behauptet wird, daß gerade diese Erhöhung des Stempels die Folge haben wird, daß das deutsche Geschäft an deutschen Plätzen, welches sich den bestehenden Verhältnissen anbequemt hat, in Zukunft nicht mehr leistungsfähig bleiben wird, daß der Verkehr in das Ausland, nach Paris, gedrängt werden wird, so weise ich darauf hin, daß im Moment auch in Frankreich eine Besteuerung der Börsengeschäfte in Höhe unseres Stempels geplant wird.

Abg. Dr. Siemens (Hr.): Wenn die Vorlage auch nur eine eventuelle ist, so muß ich doch näher auf dieselbe eingehen. Die Stellung der Freimüthigen zur Börsensteuer ist ja bekannt. Wir haben immer den Sach vertreten, die wohlhabenden Kreise der Nation höher zur Besteuerung heranzuziehen, als die minder wohlhabenden; wir haben aber für Verkehrsabgaben, welche die freie Thätigkeit, die Initiative des Einzelnen beschränken, niemals Sympathie gehabt. Heute vor zehn Jahren sprach Herr Schlegel hier aus, daß eine Schädigung dieser freien Thätigkeit des mobilen Kapitals von Seiten der Regierung selbstverständlich nicht beabsichtigt sei. Die Begründung der heutigen Vorlage läßt davon nichts mehr merken. Der Vertreter der verbündeten Regierungen führt im Gegentheil als Hauptgrund für die Vorlage das finanzielle Bedürfnis an. Gegenüber der Stimmung des Landes darf man sich aber darauf nicht beschränken. Die Vorlage ist außerordentlich leicht motivirt, und diese Leichtigkeit begründet sich in dem Gefühl der Sicherheit, daß die verbündeten Regierungen von einer sehr starken Volksströmung getragen werden. Dieser Irrthum ist wohl verbreitet. Wir befinden uns in dem revolutionären Jahrhundert seit 2000 Jahren. Raum und Zeit sind durch Dampf, Bahn und Elektrizität in ihrer begrifflichen Ausdehnung gänzlich verschoben. Wir befinden uns in einer thatsächlichen Revolution. Vor 120 Jahren waren 1000 Weber zur Herstellung eines Produkts nöthig, welches jetzt mit der Maschine von einem Weber hergestellt wird. Wenn dieses Gesetz weiter wirkt, wenn es dazu geführt hat, die arbeitende Bevölkerung aus dem Lande in die Stadt zu führen, dann ist es nicht zu verwundern, daß ganze Reihen von Bevölkerungsklassen dadurch in das höchste Erstaunen gesetzt sind. Die konservativen Parteien, welche sich im Grunde auf dem Grundbesitz und dem Kriegsdienst im Sinne des Mittelalters aufbauen, sträuben sich begreiflicherweise gegen diese Entwicklung, ebenso die Sozialdemokraten, obwohl doch die erste Voraussetzung ihrer Existenz die Bekämpfung der persönlichen Freiheit ist, die erst durch die Industrie, durch das mobile Kapital gebracht wurde. Die Freiheit des Arbeiters ist ja noch nicht so groß, als es wünschenswerth ist, in dieser Beziehung wird noch manches zu thun sein, aber wenn die Herren das mobile Kapital angreifen, dann sagen Sie den Sach ab, auf dem sie selber sitzen. Das mobile Kapital konzentriert sich an der Börse; an ihr tritt der Ausgleich ein zwischen den Kreditbedürfnissen der verschiedenen Gegenden unter einander. Das augenblicklich liquide Kapital wird in den Engagements hin- und hergeschoben, es wird durch das Verhältnis der Valuten der verschiedenen Länder festgestellt. Alle diese Thätigkeiten werden durch die Steuer gehemmt, durch die Verdoppelung derselben natürlich noch weit mehr. Der steuerliche Effekt der Vorlage wird sicherlich nicht erreicht werden, eine Schwächung des mobilen Kapitals aber auch nicht. Das mobile Kapital wird in seiner Beweglichkeit durch solche Erschwerungen seiner Thätigkeit behindert, und jede solche Behinderung wirkt auch ungünstig auf andere Staatsverwaltungs-Zweige zurück. Der Staatssekretär hat auf die Arbitrage Bezug genommen. Diese ist weiter nichts als der Versuch, das Gleichmaß in den Geldverhältnissen der verschiedenen Staaten herzustellen. Bei den geringen Erträgen, welche dieser Zweig des Geschäfts abwirft, vermindern sich die Chancen desselben stetig und die Verdoppelung der Steuer möchte ihn vielleicht gänzlich in Wegfall bringen. Dabei ist Arbitrage außerordentlich wichtig für die Aufrechterhaltung unserer Währung, welche durch die Erschwerung des Geschäfts indirekt geschädigt werden muß. Mit der Verdoppelung des Stempels wird ferner lediglich die Entwicklung Berlins auf Kosten der Provinz begünstigt. Bedenklicher noch ist die ungünstige Vorlage nach der politischen Seite. Wir brauchen Arbeitsgelegenheit, wir müssen Fabrikate exportiren, wenn wir nicht Menschen exportiren wollen. Jede wirtschaftliche Frage wird auf diese Weise gleichzeitig zu einer politischen. Die Theorie des Fürsten Bismarck, daß man wirtschaftlich feindlich, politisch freundlich irgendeiner anderen Nation gegenübersehen kann, ist flach zu Boden gefallen und mit dem Abschluß der neuen Handelsverträge auch von der Reichsregierung offiziell verlassen worden.

Allerdings will man jetzt auch in Frankreich eine Börsensteuer einführen. Aber die urtheilsfähigen Kreise in Frankreich wollen von dieser Maßregel nichts wissen. Es giebt ebenso wenigstens internationales Geld, als es etwa internationales Wasser giebt. Gewiß hat die Börse Fehler gemacht, namentlich weil sie die Verhältnisse fremder Länder nicht so genau kannte, wie es nothwendig gewesen wäre, aber deshalb die Börsensteuer erhöhen, hieße die Industrie in ihrer Thätigkeit, in ihrer Unternehmungslust schädigen. Die Steuerverdoppelung wird die Kapitalkonzentration nach Berlin, die Bereicherung einzelner Großer und das Verschwinden kleiner beschleunigen und unseren Einfluß auf dem Weltmarkt herunterbringen.

Abg. Mehnert (Hr.): Wir stehen der neuen Börsensteuer-Vorlage sehr sympathisch gegenüber; ist doch die Einführung dieser Materie, die Forderung ein Hauptverdienst der konservativen Partei. Die Bekämpfung der überwachenden Kasse des mobilen Kapitals schafft dem Grundbesitz erst Recht und Luft zur Fortexistenz. Die procentuale Börsensteuer wurde im Reichstage erst nach dreimaligem vergeblichem Bemühen unserer Freunde 1885 angenommen. Der heutige Entwurf steht genau auf dem Boden des damals vorgelegten Gesetzes. Die anderweitige Berechnungsweise, welche der Entwurf außerdem noch vorschlägt, die veränderte Scala, akzeptiren wir ebenfalls. Es werden also in Zukunft auch die Geschäfte, welche Kapitalien von über 100 000 M. betreffen, durch die Abfindungen von je 10 000 M. gerechter als bisher herangezogen werden. Für gewisse Arten von Geschäften darf es übrigens bei der Verdoppelung nicht bewenden. Sehr erfreut sind wir, daß auch in Frankreich der einzig richtige Weg beschritten wird. Die Petitionen, die uns zugegangen sind, setzen allerdings der Vorlage ein recht kräftiges Nein entgegen. Wir dürfen uns aber dadurch nicht beirren lassen. Nach den Petitionen sieht es fast so aus, als ob das Vaterland in Gefahr wäre, wenn statt der bisherigen 10 Pf. 20 genommen werden. Das gilt namentlich von der Petition der Kellereien der Berliner Kaufmannschaft. Dieselben düsteren Prophezeiungen sind uns schon 1883 und 1885 in Petitionen und von den Gegnern der Besteuerung der Börse hier im Hause vorgebracht worden. Wichtig ist nur, daß das Geschäft in der Provinz zu Gunsten der Metropole Berlin zurückgegangen ist, aber das kommt nur daher, daß die großen Berliner Bankfirmen ihre Filialen en masse in allen kleinen Provinzstädten vorgeschoben haben. Die Börsensteuer wird mit unserer Zustimmung nicht abgeschafft, vielmehr muß die Börse, soweit es das legitime Geschäft nicht schädigt, noch weit mehr zu Steuerzwecken herangezogen werden (Zustimmung rechts). Von einer Auswanderung des Kapitals oder seiner Besizer ist in irgendwelchem größeren Maße nichts zu merken gewesen. Die Einwanderung gewisser internationaler Elemente sieht der Deutsche in seiner Mehrheit überhaupt nicht gern und hätte deshalb auch wohl nichts gegen das Wiederaufwandern derselben einzuwenden. Der Zug der Zeit geht dahin, das mobile Kapital gerade gegenüber dem mit Steuern überlasteten Grundbesitz mehr und gerechter zu den Staatslasten heranzuziehen. In welchem Umfange das mobile Kapital sich zu verdeden gewußt hat, zeigt sich in wunderbarer Weise bei der Einschätzung in Preußen auf Grund des neuen Einkommensteuer-Gesetzes. Das Einkommen aus Handel und Gewerbe ist in die erste, das aus Grundbesitz in die dritte Klasse gerückt. Je mehr man sich an die Deklaration gewöhnen wird und je mehr die Beamten in das neue System eindringen werden, desto höhere Summen werden sich ergeben. Man vollzieht einfach einen Akt der Gerechtigkeit, wenn man das mobile Kapital ergebiger für Steuerzwecke macht. Wenn wir im großen und ganzen mit der Verdoppelung der Börsensteuer zufrieden sind, so müssen doch die reinen Differenzgeschäfte, die Spielgeschäfte, bedeutend höher getroffen werden und wir würden gar nicht dagegen sein, wenn eine zehnfache Erhöhung einträte. Die „Kölnische Zeitung“ hat vor einiger Zeit sogar eine hundertfache Erhöhung für berechtigt erklärt. Schon in dem ersten Antrage von Wedell-Malchow war eine höhere Besteuerung der Zeitgeschäfte gegenüber den Kassengeschäften in Aussicht genommen; auch Anträge von nationalliberaler Seite hatten dasselbe Ziel. Das alte Reichsstempel-Gesetz von 1841 hatte ja einen fünffachen Stempel für diese Geschäfte. Frankreich zieht aus den Umsätzen der Kapitalien an der Börse eine wesentlich höhere Steuer als wir, und der jetzt eingebrachte Gesetzentwurf wird das Erträgniß weiter erhöhen. Schon jetzt beträgt das Aufkommen daraus fünfmal so viel als bei uns. Jedenfalls müssen diejenigen Geschäfte, welche nicht durch effektive Lieferung erledigt werden, sondern durch Differenzzahlungen, mit einer höheren Steuer belegt werden. Schenobach hat in den „Preussischen Jahrbüchern“ die Berechtigung dieser Forderung nachgewiesen, desgleichen Professor Cohn, jetzt in Marburg. Die Umsätze in den nicht effektiven Geschäften haben sich schon vor mehreren Jahren zu den Umsätzen im effektiven Geschäft verhalten wie 20 zu 1. Was in dieser Beziehung gesündigt worden ist, ist ja in Berlin aus den Prozessen der letzten beiden Jahre noch in frischer Erinnerung. Bei den Lotterielosen geht sofort einschließlich des Reichsstempels ein Betrag von mindestens 20 pCt. dem Spieler verloren, und dieser Abzug hat die Spielwuth nicht im Geringsten vermindert. Deshalb sollte man nicht zu einem ähnlichen Mittel greifen gegenüber diesen Differenzgeschäften, mit welchen verglichen das Lotteriespiel doch noch ein ehliches Spiel ist (Weiterkeit). Werden dadurch aber Viele vom Spiel abgeschreckt, so wäre dieser Erfolg im allgemeinen sittlichen sozialen Interesse erst recht mit Freuden zu begrüßen. Der Unterschied zwischen dem legitimen Zeitgeschäft und dem reinen Spielgeschäft wird sich vielleicht nicht präzis formuliren lassen, sollte das der Fall sein, so würde ich persönlich auch nicht davor zurückstehen, sämtliche Differenzgeschäfte mit derselben höheren Steuer zu belegen, wie es bereits in anderen Steuern geschehen ist. Endlich müssen wir noch dem Wunsch Ausdruck geben, daß der Stempeltarif nicht vorübergehen möge an der Einführung eines einigermaßen erhöhten Emissionsstempels für auswärtige Anleihen. Was ist auf diesem Gebiete in den letzten Jahren alles geschehen! Man denke an Transvaal, Chile, Serbien, Argentinien, Uruguay, Mexiko, Guatemala, Portugal! Wie viel kleine Leute haben nicht in diesen fragwürdigen Papieren, welche die deutschen Banken mit unterbringen halfen, ihre gesammelten Ersparnisse verloren! Der Export nach den Staaten, die uns diese Werte geschickt haben, dürfte für unsere Industrie wirklich nicht von Bedeutung sein. Das Interesse unserer heimischen Landwirthschaft wird andererseits dadurch direkt geschädigt, daß wir durch die Hingabe des deutschen Geldes eine Anzahl erotischer Staaten zu unseren Schuldnern machen, die uns dann mit ihren Bodenprodukten bezahlen müssen. Würde wirklich die Hälfte dieser Geschäfte an der Börse infolge der Verzehnfachung der Steuer unterbleiben, so würden doch 40 Mill. Mark herauskommen; von anderer Seite wird das Erträgniß sogar auf 70 Millionen berechnet. (Gelächter links.) Im Publikum würde man es nicht verstehen, wenn das Bedürfnis einer so erheblichen Einnahme-Erhöhung des Reiches nicht Gelegenheit geben sollte, auch die Börse stärker heranzuziehen. Die Börse ist heute, was sie immer war, die Akademie für Geschlechtsvertrugungen. Das Wort allein hat ja schon seine besondere Bedeutung: Börse stammt von byrsa, und dieses bedeutet das abgezogene Fell (Weiterkeit). Sie hat es bisher verstanden, sich ihrer Verpflichtung, an den Lasten der Gesamtheit

mitzutragen, zu entziehen. Sie muß gerade angesichts der Militärvorlage kräftig angefaßt werden. Hätte man von vornherein bei der Lancirung der Militärvorlage gesagt, die Börse trägt die Hauptlast, die Vorlage wäre viel stärkeren Sympathien begegnet, als es jetzt der Fall ist. Es ist dazu noch nicht zu spät, aber es ist die höchste Zeit. Die Börse hat 1870 die Kriegsanleihe im Stiche gelassen, sie hat noch in neuerer Zeit preussische Konfols nicht gezeichnet, aber sich für russische Papiere stark interessiert. Sieht das nicht fast wie eine Drohung aus? Will man deutsches Geld für russische und französische Rüstungen ins Ausland schicken? Die Börse darf über ihren internationalen Verpflichtungen ihre Pflichten gegen das Vaterland nicht vergessen! (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Durch die kolossalen Summen, welche Herr Mehnert aus der Steuer auf Differenzgeschäfte herausrechnet, hat er sich die Antworthaft auf den Posten des Schatzsekretärs unweifelhaft erworben, und man muß der Reichsregierung Londonitren, daß sie diese Kapazität nicht zur Seite gehabt hat, als sie nach der Deckung für die Heeresausgabe suchte. Er hat die Börsensteuer zu einer patriotischen That gestempelt, im Gegensatz zu der etwas nüchternen Auffassung der Reichsregierung, welche die Frage verständiger Weise als rein finanziell ansieht. Mit ihm mache ich der Börse den Vorwurf, daß sie 1870 die Kriegsanleihe im Stiche ließ. Damals reichte der Patriotismus der Börse nur bis an den Geldbeutel, nicht bis in den Sack, aber das ist allen kapitalistischen Parteien, zu denen auch die des Herrn Mehnert gehört, gemeinsam. Auch der grünliche Patriotismus hat sich 1866 stellenweise ganz ähnlich benommen, wie der preussische 1870. (Sehr richtig!) Wenn sich Herr Mehnert auf den Professor Cohn in Marburg beruft, so variirt er damit nur den Goethe'schen Spruch: Den Juden mag ich nicht leiden, doch seine Gutachten habe ich gern. Wir verwerfen die Börsensteuer, weil wir die Militärvorlage verwerfen, die wir für eminent kulturfeindlich und gefährlich halten: Diesem Militärsystem keinen Groschen! Herr Mehnert hat die Vorgänge, wie sie sich an der Börse abspielen, mit einer durch Sachkenntniß absolut nicht getrübbten Unbefangenheit dargestellt; in dieser Beziehung steht Herr Siemens geradezu eifelturmartig erhaben über Herrn Mehnert. (Weiterkeit.) Die konservative Partei, auch das Zentrum, in der letzten Zeit auch die Nationalliberalen triefen von sittlicher Entrüstung über die Börse. Aber durch das Geschrei und Geschimpf auf die Börse soll nichts weiter erreicht werden, als die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes abulenken von dem schamlosen Kornwucher, den die Agrarier zum Schaden des Volkes treiben. (Anruhe rechts.) Die Börse ist gerade so ein Zubehör der heutigen Gesellschaftsordnung, wie die Schienensoliderei und das Jubelthum. (Sehr richtig! links.) Wir sind keine Freunde der Jobberei, aber die warm empfohlene Börsensteuer trifft den Kern der Sache in keiner Weise. Der Vorredner weiß sehr gut, daß die Börsensteuer schließlich abgewälzt wird auf das Publikum, auf die Kommittenten. Die Bankiers, die heute finanzieren hat nicht den geringsten Nachtheil von der Börsensteuer. Wovor geschickt werden muß, sind die Magnaten der Börse, jene modernen Raubritter, welche das Publikum ausbeuten durch fallende oder steigende Kurse. Wer die heutige Gesellschaft, die Herrschaft des schrankenlosen Individualismus als nothwendig und richtig anerkennt und sie nicht durch die sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzen will, hat kein Recht, auf die Börse zu raufzuziehen. Die Art muß an die Wurzel des Übels gelegt werden. Das geschieht nicht mit der Verdoppelung der Börsensteuer. Die Börse ist nur ein Spiegelbild der heutigen Wirtschaftsordnung. Herr v. Kardorff wird wahrscheinlich heute wieder die Silberwährung als Heilmittel vorführen. Die Börsen-enquete, welche infolge der vorjährigen Anträge aus der Mitte des Reichstages veranstaltet wird, muß in diesem Rahmen auch gestreift werden. Die erwähnten Anträge wären beinahe komisch zu nennen. Sie alle verlangen von der Regierung Abhilfe gegen die Auswüchse des Börsenhandels. Dabei sßt in der nationalliberalen Partei Herr Hammacher, der in bezug auf Sachverständigkeit bei Gründungen nicht übertroffen werden kann; da ist auch noch Herr Descheler, ein vielfacher Aufsichtsrath, Herr v. Kardorff soll in Termingeschäften in Spiritus nicht unbewandert sein, und es ist nur schade, daß Herr Remmann nicht dem Hause angehört, denn er ist eine ganz besonders sachverständige Kraft auf diesem Gebiete. Herr v. Frege hat bei der Etablierung sich sehr unfreundlich über die Juden geäußert. Sein Stammhaus Frege u. Komp. in Leipzig hat diesen Standpunkt nicht getheilt, es hat von den polnischen Juden hauptsächlich seine Reichthümer erworben. War also der Wahlspruch der Firma: „Non olet“, so muß ich bezweifeln, daß die Deuße des Herrn v. Frege in seinem Wappenschild, nach seinen unfreundlichen Äußerungen gegen mich: „Noblesse oblige“ ist. Und da es in dieser bösen Welt, in der wir leben, überall menschlich zugeht, so wird die sittliche Entrüstung der Herren Konservativen nicht hindern, daß ruhig weiter gejobbert wird. Im Deutschen Reich eifert man mit moralischer Entrüstung gegen das Lotteriespiel; die preussische Regierung aber vermehrt gerade jetzt die preussischen Lotterielose um 30 000, um den Etat etwas günstiger zu gestalten! Wer denkt nicht auch an die Schloßfreibier-Lotterie! Die Regierung hatte ein Bankkonsortium als Schepper gemietet und ihm 6 Millionen Mark als Provision bewilligt, um die Sache populär zu machen. Auch eine Antislaverei-Lotterie hat die Regierung genehmigt. Vielleicht bekommen wir nächstens eine Antinotstands-Lotterie. Es würde das nur der alten Auffassung entsprechen, daß Längen und Lotteriespielen die besten Abhilfsmittel gegen jeden Nothstand sind. Die Börsensteuer bietet also keinen Schutz gegen die Auswüchse des Börsenspiels; den Giftbaum muß man abhauen und den Boden umplügen, nicht aber kommt man ihm durch solche Palliativmitteln bei. Diesen Augiasstall zu reinigen, sind eiserne Beien nöthig. Das Verbot des Terminhandels verlangen Sie doch hauptsächlich darum, um den Preis für Getreide und Spiritus unter sich feststellen zu können. Das und nichts anderes ist der Zweck dieser agrarischen Forderung. Die Börse verhindert bis jetzt gerade diese Eingebildung, welche den unteren Volksklassen die Ernährung unerträglich vertheuern würde. Wegen die Schäden des Terminhandels sind wir nicht blind, das zügellose Spiel mit Differenzen muß unterbunden werden. Ich schlage vor, einfach die Reportgeschäfte zu verbieten. Solche wahnwitzigen Spekulationen, wie die der Firma Ritter und Blumenfeld wären nicht möglich gewesen, wenn nicht Institute und Banken sich gefunden hätten, die den Spielanten die nöthigen Summen vorschossen, um die Geschäfte von einem Monat zum anderen zu schieben. Mit der Beseitigung der Reportgeschäfte thun Sie einen guten Schritt vorwärts in der Eindämmung der Auswüchse der Börse. Müssen alle Käufe oder Verkäufe gegen Geld abgenommen oder geliefert werden, dann bleiben die bloßen Spieler der Börse fern, die ihre riesigen Käufe und Verkäufe gar nicht realisiren können, sondern nur die Differenz ausgleichen. Dann würden neun Zehntel aller Bedenken gegen das Börsengeschäft verschwinden. Ferner muß den Bankiers die einseitige Festsetzung der Geschäftsbedingungen zwischen Bankier und Publikum entzogen werden. Der Bankier darf nicht als Selbstkontrahent auftreten, keinen Antheil an den Tagesflankierungen des Kurfes haben und davon nichts profitieren. Die Bankier müssen sozusagen verstaatlicht, das heißt angestellte Beamte werden und dürfen nicht

selbst von den Kassen, die sie feststellen, profitieren. Auch die Geschäftsbedingungen über die Depots müssen anders festgestellt werden. Der Depotgeber muß dagegen gesichert sein, daß der Bankier die Depots für seine eigenen Geschäftszwecke und Spekulationen verwendet. Allerdings muß man dabei die Depots einer Kontrolle unterwerfen. Das ginge aber ebenso gut, wie öffentliche Fundhäuser kontrolliert werden. Die Verwaltung der Depots brauchte nur von den eigenen Geschäften der Bankiers vollständig getrennt werden, dann würde die Kontrolle nicht in die Geschäftsgeheimnisse der Bankiers eindringen können. Das Wichtigste zur Sanierung der Berliner Börsenverhältnisse sind organisatorische Veränderungen. Vor allem muß das Aktienkollegium in Berlin befestigt werden, denn das ist nichts weniger als eine Vertretung von Handel und Industrie, sondern nur die Vertretung der einseitigen Interessen. Die Prospektive über neue Gründungen und Einführung neuer Werte und die Erlaubnis zu Zeitgeschäften in diesen Werthen unterliegen einer Sachverständigenkommission, deren Mitglieder, Direktoren und Aufsichtsräte derjenigen Gesellschaften sind, denen sie die betreffende Erlaubnis zu erteilen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mitglieder dieser Kommission sind fast ausschließlich selbst Gründer. Die richtigen Verluste im Differenzspiel sind nur bei Werthen erster Firmen und Banken entstanden. Die Berliner Handelsgesellschaft, deren Direktor Kellner und Mitglied der Sachverständigenkommission ist — oder jedenfalls bis vor kurzem war — hat die Bochumer Aktien von Baare übernommen und an der Börse eingeführt zu einer Zeit, als ihr bereits bekannt war, daß das Savonawerk 5 Millionen verloren hat. Die Bochumer Aktien hat ihren Stundenfortschritt als steigend und spekulationsfähig empfunden, als der Rückgang dieser Aktien ihr bereits aufmerksam bekannt war. Die Bochumer Aktien sind in einem Jahre um 180, Dortmunder Union um 100 pCt. gefallen. Argentinier sind von der Bochumergesellschaft eingeführt worden, Serben von der Handelsgesellschaft Warschauer und Mendelssohn, Mexikaner von Reichsöder und Portugiesen von einer Bank, die sich vor kurzem einen stolzen Palast hier hat bauen lassen, und der man gerathen hat, an den Gebel des Palastes zu schreiben: Denkmal für gefallene Portugiesen! Das Konsortium der Handelsgesellschaft, Darmstädter Bank und Dresdner Bank, brachte Harpener Bergwerksaktien zu 250 pCt. an die Börse, die in einem Jahre um 150 pCt. fielen. Die Notwendigkeit einer organisatorischen Veränderung beweisen auch einige Fälle der Gründung und Einführung von Industripapieren. Jedermann mußte z. B., daß es sich bei der Gubener Hutfabrik um ein Schwindelpapier allerersten Ranges handelte, nur im Aktienkollegium der Berliner Fondsbörse wußte man davon nichts. Um das Aktienkapital dieses Unternehmens auf die vorgeschriebene Höhe zu bringen, ließen sich die Aktieninhaber durch die Generalversammlung, also durch sich selbst, bevollmächtigen, neue Anlagen zu machen und das Aktienkapital auf die Million zu erhöhen, die nötig ist, um das Papier an die Börse zu bringen. Die Aktien gelangten zu 135 an die Börse, zahlten vom Agio 9 pCt. Dividende und wurden dann dem Publikum überliefert. Nach Ansicht des vereidigten Taxators sollten Hunderttausende von Baaren vorhanden sein, die beim Brande verloren gingen. Die Feuerversicherung betrug 376 000 Mark, die Versicherungsgesellschaft verdiente durch den Brand 35 000 Mark. Die Aktien gingen auf 5 zurück und erreichten damit ihren wahren Werth. Das ist eine geradezu räuberische Ausbeutung, die sich an der Börse geltend macht. Bei einigen der ältesten geprüften und vollführten Gründungen stellten sich im Laufe der Zeit die Kurse folgendermaßen: Wellenblechfabrik Heine, Lehmann u. Komp. wurden aufgelegt mit 164, stehen jetzt 63. Fallenscheiner Gardinen wurden 1889 aufgelegt mit 125, stehen jetzt 90. Tuchfabrik Kachen — ebenfalls eine Gründung eines Mitgliedes des Aktienkollegiums — wurde 1889 aufgelegt mit 133, steht jetzt 83. Casseler Maschinenfabrik, aufgelegt mit 166, steht jetzt 85. Varmer Holzwerk, aufgelegt mit 166, steht 52. Concordia Bergwerk, aufgelegt mit 130, steht 72. Fabrik Tannenhorn, aufgelegt mit 135, steht jetzt 85. Die letzten beiden sind ebenfalls durch erste Firmen aufgelegt. Ist ernstliche Reue vorhanden, diese Dinge zu befestigen, dann gehen Sie den Weg, den ich andeulete. Glauben Sie aber nicht, daß mit solcher Lapperei von Börsenfeuer, bei der trotz des Wehgeschreies die davon Betroffenen sich einfach ins Häuschen lachen, irgend etwas geholfen ist. Nach meinem Vorschlage werden nur die schlimmsten Vorschläge der Börse befestigt werden. Allerdings wird der Kapitalismus immer Auswege finden, immer ein Loch, durch welches er dem Gesetz entweicht und seine räuberischen Schwaddeleien weiter entwickelt. Wollen Sie aber den Götzen in dieser Weise anfasseln, werden wir Sie nicht daran hindern. Aber der Reichstag und die herrschenden Klassen werden der Börse doch nicht zu Liebe rüden, wie es nötig wäre, wenn es näher sollte. Die Kleinen werden immer weiter ausgeplündert, die Millionäre zu Milliarden gegährt werden. Die Börse wird nicht auf der Welt geschafft, ehe nicht die heutige bürgerliche Gesellschaft ihr Ende erreicht. Mit der Börsensteuer kann nichts Ernsthaftes geschehen. Sie salbieren sich nur in Ihrem Gewissen, um den Wählern sagen zu können: Wir sind der Börse auf den Leib gerückt und haben aus ihr Geld herausgeschlagen. Sagen Sie aber auch den Wählern, daß, wenn die Börse hohe Besteuerungen bringt, doch wieder alles aus den Taschen der Wähler herausgeraubt und geplündert wird. Deshalb stimmen wir gegen die Börsensteuer. Wir geben uns nicht dazu her, den Wolf Sand in die Augen zu streuen. Wir verurtheilen die Börse, erkennen aber an, daß sie ein notwendiges Produkt der heutigen Gesellschaft ist. Unsere Verurtheilung der Börse ist nicht härter als unsere Verurtheilung der heutigen Gesellschaft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Marquardt (nl.): Wir haben es doch hier im Reichstage nicht mit einem moralischen Reichs-Gesundheitsamte zu thun. Die Vorlage hängt mit den anderen Steuererleichterungen so weit zusammen, daß auch sie bestimmt ist, die Mittel für die Militärvorlage mit herbeischaffen zu helfen. Wenn man auch gegenüber den großen neuen Forderungen für die Landesverteidigung das Verschreiten neuer Wege durch ein reformatorisches Steuerprogramm hätte wünschen können, so kann man doch bei der Dringlichkeit der Sache der Regierung nicht zumuthen, daß sie nach einem völlig neuen Steuerprogramm suchte. Die Vorlage ist von den drei Vorlagen jedenfalls diejenige, welche vor dem Volke am meisten vertheilt und vertheilt werden kann. Wir sind mit den Grundzügen derselben einverstanden und werden unsere Bemühungen vor allem darauf richten, das Arbitragegeschäft möglichst vor Beeinträchtigung durch die Steuererhöhung zu schützen. Wir beantragen die Verweisung der Vorlage an die Militärkommission.

Ein Verlagsantrag wird angenommen.
Persönlich bemerkt:
Abg. v. Kardorff: Herr Singer sagt, ich stände im Verdacht, mit dem Spiritus-Handel sehr genau Bescheid zu wissen. Er irt sich. Ich habe niemals in meinem Leben ein Zermischungsprodukt über landwirthschaftliche Produkte, inkl. Spiritus, überhaupt gemacht.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte und kleinere Vorlagen.)

Parleinachrichten.

An die Vertrauensleute!
Soeben ist die zweite Auflage der vom Parteitag zur Massenverbreitung bestimmten Broschüre: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemo-

kratischen Reichstagsfraktion erschienen. Die erste Auflage reicht nicht aus, sämtliche Bestellungen zu erledigen. Durch ein bedauerliches Versehen unsererseits ist nun leider die Aufstellung der eingegangenen Bestellungen nach Verendung der ersten Auflage vernichtet worden. Wir richten daher an sämtliche Besteller, deren Aufträge noch nicht effectuirt worden sind, die höfliche Bitte, umgehend unter genauer Angabe ihrer Adressen und der Zahl der gewünschten Exemplare ihre Bestellungen wiederholen zu wollen, worauf sofort die Zusendung erfolgen wird.

Buchhandlung des „Vorwärts“,
Wehlstr. 2, Berlin S.W.

Gegen die Militärvorlage protestirten weiter Versammlungen in Biegnitz (Ref. Geiser, Breslau), Krefeld (Ref. Gerisch, Berlin), Wilsch (Ref. Zauscher, Stuttgart), Gräfenthal, Reheßen und Schmiedefeld (Ref. Reikhaus, Erfurt), Eddersheim (Ref. Brähne), Schildejche (Ref. Schumann, Wiesfeld), Jschopau (Ref. Rosnow, Chemnitz), Kastele (Ref. Ebert, Bremen), Alt-Ruppin (Ref. Apelt, Berlin), Winnenden (Ref. Stern, Stuttgart), Lorch (Ref. Agster, Stuttgart), Grimmlschau (Ref. Reichstags-Abgeordneter Stolle).
Der Pfortheimer sozialdemokratische Verein hielt am Sonntag acht große Protestversammlungen in Bärm, Gullingen, Oeschelbrunn, Stiefeln, Gdrichen, Gisingen, Diellingen und Lue ab. Meeresboten waren Dr. Müdt, A. Kalmbach, R. Volberauer, O. Zielowski und Ad. Ged. In sämtlichen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß der Militarismus jetzt schon das deutsche Volk aufs schwerste bedrückt und die Entwicklung der wichtigsten Kulturarbeiten hindert, protestirt die Versammlung gegen jede neue Vermehrung der Militärlasten und erachtet es als Pflicht der Volksvertreter, im Reichstag die ganze Vorlage abzulehnen.

Zustimmungserklärungen zu den Beschlüssen des Berliner Parteitages liegen noch vor von den Parteigenossen in Pfortheim.

Parteiorganisation. In Blaubeuren wurde nach einem Vortrage des Genossen Prof. Göttingen ein sozialdemokratischer Verein gegründet, dem sofort 12 Mann als Mitglieder beitraten.

Partei Finanzen. Bodenheim bei Frankfurt a. M.: Jahreseinnahme 614,74 M., Ausgaben 587,82 M. 9. sächsischer Reichstags-Wahlkreis (Freiberg): Jahreseinnahme 227,93 M., Ausgabe 192,63 M.

Eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Minden-Lübbecke findet Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 3 Uhr, in Minden, Lokal Wischmeyer, Ritterstr. 18, statt.

Magdeburger Brauerei-Vorkott. Gegenüber der Behauptung eines gegnerischen Magdeburger Blattes, daß die dortigen Arbeiter den Bierbotteln nur wenig unterstülzten, theilt die „Volksstimme“ mit, daß allein in einer einzigen Fabrik von 1284 Arbeitern nur 178 boykottirtes Bier trinken, während 1111 Arbeiter, gleich 86,5 pCt. des Gesamtpersonals sich desselben enthalten und dafür täglich etwa 1300 Flaschen Braubier trinken, was früher so gut wie gar nicht konsumirt wurde.

Die Sozialdemokratie im II. badischen Wahlkreise stellte auf ihrer Konferenz zu Weidheim, die von 14 Orten mit 33 Delegirten besetzt war, als Reichstags-Kandidaten wieder den Genossen Dreesbach auf und beschloß weiter, dahin zu wirken, daß bei der nächsten Reichstags-Wahl in sämtlichen 15 Wahlkreisen Badens Kandidaten aufgestellt werden.

Todtenliste der Partei. Gestorben in Pfortheim der Genosse Fritz Petri, seit 1888 treuer Kämpfer für die Arbeitersache.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Der Redakteur des „Gothaischen Volksblatt“, Genosse Kressin, wurde wegen Beleidigung des Schultheißen Trebschuh zu Jetershausen zu einer Geldstrafe von 21 Mark eventuell einer Woche Haft verurtheilt. Auch wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zugesprochen.
— Gegen den Redakteur des Offenburger „Volksfreunds“, Genossen Otto Zielowski, ist wegen einer Rede gegen die Militärvorlage Anklage erhoben worden. Er soll sich in derselben der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben.

Genosse Peus soll, wie das „Volksblatt für Anhalt“ mittheilt, am 23. Januar in der Strafanstalt zu Gommern die gegen ihn rechtskräftig gewordene Gefängnisstrafe antreten.

Kommunales.

Bei der heutigen Beratung über den sozialdemokratischen Antrag befaßte Umberung der Arbeitslosigkeit glänzte das liberale Stadtoberhaupt Zelle durch Abwesenheit in der Versammlung. Er besand sich — bei Hofe.

Stadtvorordneten-Versammlung.
Oeffentliche Sitzung von Donnerstag, den 19. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Der erste Theil der Sitzung wird durch Wahlen ausgefüllt, welche das Ausscheiden des Stadtv. Franke notwendig gemacht hat.

In die Baudeputation wird Stadtv. Buchow mit 77 Stimmen gewählt, daneben erhält Stadtv. Bernau 7, 3 Stimmen gesplittet, 5 sind unglücklich. In die Grundbesitzgenossen-Deputation wählt die Versammlung den Stadtv. Wiese, in das Kuratorium der Marktplatz den Stadtv. Michels. In den Ausschuss für die Inkomunalisierung der Vororte wird im zweiten Wahlgang Stadtv. Barth gewählt. Die noch ausstehenden Erbschaften werden auf Antrag Singer wegen der Wichtigkeit der übrigen Gegenstände der Tagesordnung vertagt.

Auf Antrag des Stadtv. Horwich wird zunächst der Ausschussbericht über den Nothstandsantrag Borgmann entgegengenommen.

Der Ausschuss zur Vorberathung des Antrags der sozialdemokratischen Stadtvorordneten wegen der Vorkehrungen zur Befreiung des Infolge der Arbeitslosigkeit aufstretenden Nothstandes ist am Dienstag unter Mitwirkung des Stadtbauraths Dr. Hohrecht und des Direktors der städtischen Straßenreinigung Schloßky zusammengetreten. Die Erörterung über die Einführung des achtstündigen Arbeitstages bei den städtischen Arbeitern führte schließlich zur Ablehnung des Antrages mit allen gegen die zwei Stimmen der sozialdemokratischen Stadtvorordneten. Im übrigen vereinigten sich der Ausschuss einstimmig zu folgendem Beschluß:
„Die Stadtvorordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, alle durch die Stadtvorordneten-Versammlung bereits genehmigten Arbeiten, soweit dies möglich ist, energisch in Angriff zu nehmen und fortzuführen; insbesondere zu erwägen, ob es nicht durchführbar ist, zum Zwecke einer durchgreifenderen Reinigung der Straßen den Fuhrpark zu erweitern und eine vermehrte Anzahl von Arbeitern einzustellen.“

Ueber die Verhandlungen des Ausschusses erstattet Stadtv. Horwich mündlichen Bericht. Bezüglich des achtstündigen Arbeitstages habe sich der Ausschuss lediglich den Ausführungen

des Stadtv. Barth in erster Lesung anschließen können. Die Hofenanlagen am Urban könnten aus Rücksicht auf wohlhabendere Rechte Dritter nicht beschleunigt werden. Dagegen könne nach der Meinung des Ausschusses bei der Straßenreinigung immer noch etwas Birtames geschehen, um dem thatsächlich vorhandenen, von keinem Ausschütsmitglied geleugneten Nothstande in dieser Richtung abzuhelfen. Der Magistrat werde hoffentlich, wie sein Kommissar, im Ausschuss ganz auf der Seite des Antrages stehen.

Stadtrath Meubrink: Die Zahl der Arbeiter, welche auf den Straßen jetzt beschäftigt werden, beläuft sich auf 2000, die der ständigen Mannschaft auf etwa 7—800. Wir haben eine so starke Einstellung von Hilfsmannschaften vorher nur einmal gehabt. Die Zahl ließe sich vielleicht noch um 300—400 Mann vermehren, damit ist aber die Grenze erreicht. Diese Grenze findet sich in dem Umfange, daß mit der Vermehrung des Arbeiterpersonals eine Vermehrung des Aufsichtspersonals eintreten muß. Zu diesem Zwecke müssen von den ständigen Arbeitern Einzelne abgegeben werden, um als Aufsichtspersonal zu dienen; auch zur Vertheilung der Kontrollmarken und zur Abnahme derselben auf den Abladepätzen gehören zuverlässige, gewandte und eingetübte Leute. Es hat jetzt keinen Sinn, mehr Leute einzustellen, vielmehr bestand die Absicht, schon wieder Arbeiter zu entlassen, da die Aufräumungsarbeiten im wesentlichen erledigt sind. Diese Absicht ist aber wieder aufgegeben worden. Wenn Thaumetter eintreten würde, würde auch wieder ergiebige Arbeit vertheilt werden können. Was nun die Vermehrung des Fuhrwesens betrifft, so sind die Unternehmer nur zur Stellung von 1000 Wagen an einem Tage verpflichtet; doch sollen von morgen an 800 Wagen mehr gestellt werden. Die Schneefahrt wird Ende der nächsten Woche bewerkstelligt sein, wenn die Verhältnisse so bleiben. Es wird auch nur möglich sein, wenn wir die Unternehmer von der Verpflichtung, durch ihre Kutscher das Aufladen besorgen zu lassen, entbinden, und zwar dadurch, daß die Hilfsarbeiter beim Aufladen mitherangezogen werden. Es wird dadurch möglich werden, daß täglich 1800 Fuhrren aus Berlin hinausgeschafft werden. Im Etat sind ausgeworfen für Hilfsarbeiter 80 000 M., verausgabt sind schon 95 000 M., für Fuhrren 208 000 M., ausgegeben sind 325 000 M. Der Oberbürgermeister hat mich beauftragt, hier mitzutheilen, daß er heute eine Deputation empfangen hat, welche von einer Versammlung Arbeitloser gewählt worden war. Diese Deputation hat angegeben, in jener Versammlung sei ausgesprochen worden, der Hilfsarbeiter beläme 2 M. täglich, es würden ihnen jedoch 50 Pf. für Abnutzung der Geräthe abgezogen. Es ist daran kein wahres Wort, es wird den Arbeitern für Geräthe kein Pfennig abgezogen. Abgezogen werden nur 12 Pf. wöchentlich für die Invaliditäts- und Altersversicherung. Ob Sie nach diesen Ausführungen den Antrag des Ausschusses in der vorliegenden Fassung noch annehmen wollen, muß ich Ihnen anheimstellen.

Stadtv. Singer: Ich bedauere, daß der Ausschuss nicht veranlaßt werden konnte, die Verkung der Arbeitszeit bei der Versammlung zu besprechen, umso mehr, als er sie nicht einmal als vorübergehende Nothstandsmaßregel vorgeschlagen hat, weil ich in der That glaube, daß, da bei der gegenwärtigen Lage zweifellos Erd- und Bauarbeiten erschwert sind, in erster Linie innerhalb der Betriebe, in welchen Arbeiter jetzt beschäftigt werden können, Einrichtungen zu treffen wären, die eine vermehrte Einstellung von Arbeitern ermöglichen. Nach unserer Meinung haben Ausschuss und Versammlung damit ein der wirksamsten Mittel zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit aus der Hand gegeben. Im Ausschuss wurde erklärt, daß, ganz abgesehen von der theoretischen Seite der Frage, der Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit keinen praktischen Erfolg haben könne, weil die Arbeitszeit in den betreffenden Betrieben ohnehin sehr kurz sei, nämlich täglich 8 1/2 Stunden inkl. der Ueberstunden. Nach Mittheilungen, die ich erhalten habe, stimmt die Angabe nicht mit den Thatsachen. Der zur Inspektion am Spittelmarkt gehörigen Arbeiter sind von 1/6 Morgens bis 1/6 Abends beschäftigt; im Ganzen kommt eine Arbeitszeit von 9 1/2 bis 9 3/4 Stunden heraus. Wenn diese Angaben richtig sind, würde durch Verlängerung der Arbeitszeit zahlreichen Arbeitslosen Beschäftigung verschafft werden können. Die Anhebung des Stadtraths Meubrink wegen der beabsichtigten Entlassung von Arbeitern läßt mir die Glaubwürdigkeit meiner Gewährsmänner in um so hellerem Lichte erscheinen; nach ihrer Aussage ist bei dieser Inspektion 70 Mann zum nächsten Sonnabend bereits gefällig. Ich hoffe, daß der Umstand untersucht und die Weiterbeschäftigung der Leute ermöglicht wird. In dem Ausschuss ist nun vom Stadtbaurath ausgesprochen worden, daß der Frost die Erdarbeiten verhindert. Ich meine, er erschwert sie nur; daß sie ausführbar sind, beweisen doch die Kirchhofsverwaltungen alle Tage. (Lachen.) Wen paßt es nicht, wenn er sieht, daß hier auf den Straßen Berlins jetzt Leute erfrieren! Einem so dringenden Nothstand muß man auch mit außerordentlichen Mitteln entgegenwirken. Gemiß ist Kaufmann bei so strenger Kälte nicht thunlich, aber eine ganze Reihe Häuser ist zum Abbruch bestimmt und mit der schleunigen Inangriffnahme des Abbruchs wäre wieder Arbeitslosigkeit zu schaffen. (Zwischenrufe.) Ich glaube doch, daß ich Ihnen solche Häuser nachweisen kann — ja selbst wenn es nur dadurch möglich wäre, daß man die Einwohner durch Entschädigungen zur sofortigen Räumung veranlaßt. (Widerpruch.) Auch hier das „außergewöhnlich“ von den Abhilfemaßregeln. Diese beiden Wege bieten sich also praktisch als wirkliche Abhilfe dar. — Vom Magistratsstische hat man uns oft entgegengehalten, daß Arbeiter für die Kieselgüter nicht zu erlangen seien. Ein amtliches Schriftstück, gez. Marggraf, beweist das Gegenteil. Dieses Schriftstück konstatirt als eine Folge der guten Verhältnisse auf den Kieselplätzen den ständigen Andrang von Arbeiterfamilien nach den städtischen Gütern, und die Thatsache, daß die Arbeiter nach erfolgter Kündigung alles aufbieten, um ihre Stelle wieder einzunehmen zu können. Ist der Zustand wirklich so, dann ehrt er die Verwaltung, sieht aber im Widerspruch mit der Behauptung, daß die Arbeiter nicht nach den Kieselplätzen sich verschiden lassen wollten. Ich hoffe, daß der Magistrat die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit nochmals in Erwägung zieht und dadurch der vermehrten Einstellung von Arbeitern, wenn auch nur im Sinne einer vorübergehenden Nothstandsmaßregel, die Wege ebnet. Den Ausschussantrag unterstützen selbstredend auch wir. Wir wollen den Vertheilungen, die im Magistrat nach der Stellungnahme der Kommission desselben vorhanden sind, kein Hinderniß in den Weg legen. Wir lassen uns davon auch nicht durch die großen Zahlen abschrecken, die der Schneefall und die Straßenreinigung uns bereits gelistet hat. Sie haben doch diese Summen wahrlich nicht ausgegeben, um den Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, sondern um die Straßen rein zu halten (Zwischenrufe und Lachen), ein löbliches, anerkennenswerthes Vorgehen, der mit dem Zweck, Arbeitslose zu beschäftigen, nichts zu thun hat. Die Schwierigkeit, Aufsichtspersonal zu erlangen, kann doch nicht maßgebend sein für die Entscheidung über Vermehrung des Hilfsarbeiterpersonals. Nach dem gewöhnlichen Laienverstande vertraut man doch mit der Aufsicht über die neu eingestellten älteren, ständigen Arbeiter. Where there is a will, there is a way, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, sagt das englische Sprichwort. Erfreulich ist mir, daß der Oberbürgermeister heute eine weit verbreitete Ansicht als unrichtig aufklärte. Es ist thatsächlich die Meinung weit verbreitet, die Leute belämen 2,50 M., wovon aber 50 Pf. für Gerätheabnutzung abgezogen würden (Unruhe). Wenn wir übrigens jetzt hören, daß der Lohn nur 2 M. beträgt, so würde ja in der Auffassung der Arbeiter und im Effect nichts geändert sein (Widerpruch und Unterbrechungen). Ich frene mich aber, daß die unwürdige Art, Abzüge zu machen, in Berlin nicht eingeführt ist. Ich bitte, den Ausschussantrag anzunehmen und das Tempo der Arbeiten möglichst zu beschleunigen, auch durch den größeren Umfang derselben die Noth durchgreifender als im Vorjahr zu lindern. Schließlich weise ich auf einen be-

sonderen Uebelstand hin, den die bittere Kälte mit sich bringt. Können denn nicht die armen Leute, die obdachlos sind, Lokale offen finden, wo zur Nachtzeit die Möglichkeit der Erwärmung gegeben ist? Wegen das traurige Schauspiel, daß in Berlin Leute erfrieren, muß doch Vorkehrung getroffen werden. Wenn es nicht anders geht, nehmen Sie doch die Partieräume in den Schulen, geben Sie den Schuldeamenten abwechselnd die Aufsicht; lassen Sie die Sanitätswachen auch Nachts geöffnet sein (Zwischenruf: Geschicht ja!), um die frierenden Obdachlosen unterzubringen; sorgen Sie dafür, daß die von uns so reichlich unterfütterten Warmehallen auch Nachts zugänglich sind!

Stadttrath Meubrin: Die Arbeitszeit der Hilfsarbeiter ist allerdings von 8-8, mit zwei Stunden Pausen. Die städtischen Arbeiter der Straßenreinigung haben Dienst von 12 bis 8 Uhr Morgens. Daneben giebt es Tagesposten mit einer Arbeitszeit von 8-8. Der angebliche Widerspruch hinsichtlich der Mischlöhner ist nicht vorhanden; der zitierte Ausspruch bezieht sich nur auf Leute, welche landwirtschaftliche Arbeiten dort machen. Arbeitskräfte für die Erdarbeiten haben nach der Meldung der Unternehmer stets gemangelt. Die Daten über die bisherigen Ausgaben habe ich nicht gegeben, um erschrecken oder gar renommieren zu wollen. Der Mangel an Aufsichtsbearbeitern aus dem Kreise der Arbeiter selbst rührt daher, wie ich vorhin schon angab, daß wir aus diesem Kreise geeignete Leute auch noch für andere Zwecke herausnehmen müssen.

Stadttr. Leo meint, daß es für die Mehrheit nicht darauf ankomme, den Achtstundentag auf Umwegen in Übung zu bringen, sondern darauf, Bedürftigen Arbeit zu schaffen. Das Nützliche und Mögliche sei schon seitens des Magistrats geschehen. Mit Erdarbeiten bei dieser Kälte Komodie zu spielen, darauf solle sich die Versammlung nicht einlassen, sondern einfach den Ausschussantrag annehmen.

Die Versammlung nimmt den Antrag einstimmig an. Zur Deckung der Transport-, Versicherungs- und Aufstellungskosten der zur Weltausstellung nach Chicago von dem Magistrat in Berlin einzusendenden Gegenstände sollen dem Ausschuss für die Deutsche Ingenieur-Ausstellung aus städtischen Mitteln und zwar aus den Ueberschüssen des Jahres 1891/92 4000 M. zur Verfügung gestellt werden. Ein fernerer Kredit von 3000 M. wird nachgesucht zur Bestreitung der Kosten für die Teilnahme an der vom Unterrichtsminister beabsichtigten Ausstellung in der Unterabteilung in Chicago.

Auf Anfrage des Stadttr. Löben erklärt Stadtbaurath Sohr, daß es nicht in der Absicht des Magistrats liegt, die Ausstellung durch besondere städtische Beamte oder Vertreter zu besichtigen.

Stadttr. Löben kündigt einen begünstigten Antrag zum Etat an.

Die Magistratsvorlage wird angenommen. Infolge einer von der Versammlung unlänglich der letzten Stadtvorberatung gefassten Resolution wegen Verlegung des Heu- und Strohmärktes von dem Oranienplatz ist der Magistrat mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung getreten. Der Verlegung nach der Wienerstraße sind marktpolizeiliche Bedenken nicht entgegengestellt worden; es soll daher zunächst auf einem Plage in der Nähe der Wienerstraße eine Brückenwaage errichtet werden.

Die sozialdemokratischen Stadttr. Borgmann und Genossen haben am 11. Januar folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtvorordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um Herbeiführung eines Kommunalbeschlusses, wonach vom 1. April d. J. an ein

Städtischer Zentral-Arbeitsnachweis errichtet wird, der neben der kostenlosen Verwaltung von Arbeit die fortlaufende Aufnahme und Führung einer Arbeitslosen-Statistik zu bewirken hat.

Stadttr. Singer: Wir haben den Antrag gestellt, einen städtischen Zentral-Arbeitsnachweis einzurichten mit der Aufgabe, neben der kostenlosen Vermittlung von Arbeit gleichzeitig eine Arbeitsstatistik aufzustellen. Die Arbeitsnachweise, die von verschiedenen Seiten in Berlin ins Leben gerufen sind, werden zum Teil von den Innungen, zum Teil von Arbeiterorganisationen und zum Teil von Privaten unterhalten. Ich will diesen Bestrebungen nicht tadelnd gegenüberstehen, aber das steht fest, wenn ein Arbeitsnachweis seinen Zweck erfüllen soll, muß er von einer Stelle dirigiert werden, welche im Stande ist, im geeigneten Moment geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Ich glaube nicht, daß durch bloße Etablierung des Arbeitsnachweises Arbeit geschaffen ist; er wird seine Wirksamkeit erst ausüben können, wenn ein Arbeitsangebot seitens der Arbeiter und Nachfrage seitens der Arbeitgeber stattfindet. Aber die Wirksamkeit der verschiedenen Arbeitsnachweise wird behindert durch Einrichtungen und Organisationen, die zu beseitigen notwendig ist. Wir haben, abgesehen von den Innungen, eine größere Anzahl von Arbeitsnachweisen, die von den Arbeitgebern verwaltet werden. Ich greife den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen heraus, die für ihre Kreise den Arbeitern Stellen vermitteln. Diese Arbeitsnachweise haben sich zu einer Art Bureau für Berufsberatungen, für Ausstellung schwarzer Listen herausgebildet. Manche von Ihnen werden von dem hiesigen hiesigen Arbeiterverband gebildet haben; von diesem ist nachgewiesen, daß diejenigen Arbeiter, die andere wirtschaftliche Ansichten vertreten, einfach auf die schwarze Liste gesetzt werden, so daß es ihnen unmöglich wird, Arbeit zu bekommen und sie in die Arme der Jener heruntersinken, welche Sie als Lagabonden zu bezeichnen pflegen. Tausend die Arbeiter zu diesen Arbeitsnachweisen kein Vertrauen haben, ist selbstverständlich. Diefelben können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie vom Vertrauen der Arbeiter getragen werden, wenn sie verwaltet werden zu gleichen Theilen von Arbeitern und Unternehmern, damit Sicherheit geboten wird, daß der Arbeitsnachweis nicht zu Andern benutzt wird, als wozu er errichtet ist. Das wird im Privat-Arbeitsnachweise nicht möglich sein. Weil auf diesem Gebiete sich eine Nothwendigkeit herausgestellt hat und sich wohlthätige Folgen daran knüpfen können, sollte sich die Stadtgemeinde bereit finden lassen, einen städtischen Zentral-Arbeitsnachweis zu gründen, der unter Anleitung des Magistrats oder der Gewerbe-Deputation thätig ist. Die Verwaltung würde von einer Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitern zu führen sein. Auch über das Material, welches zu verwenden ist, ist Vorfrage getroffen; man braucht ja nur aus den Gewerbe-Verzeichnissen diejenigen herauszugreifen, die mit dem Arbeitsnachweis beauftragt werden. Ich habe nichts dagegen, wenn man sich auf die bestehenden Organisationen stützt, bin vielmehr überzeugt, daß sie ganz vortheilhaftes Material bieten. Ich weiß, daß der Vorstand des Zentral-Arbeitsnachweises jetzt einen Versuch macht, eine Zentralisation aller Arbeitsnachweise zu gründen, halte das aber für vergeblich, weil die erste Bedingung sein muß, daß ihr das Vertrauen beider Theile entgegenkommen muß. Die Aufgabe der Führung einer Arbeitsstatistik ist das erste Mittel, welches angenommen werden muß, um die gegenwärtige Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Ich bin überzeugt, daß, wenn der Gedanke im Magistrat reiflich wird, eine Ausnahme der Statistik privaten Kräfte nicht übertragen werden kann, weil alle Voraussetzungen für die Wahrheit der Statistik in privaten Händen fehlen. Aber die Führung der Statistik ist durchaus notwendig und gerade in einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit sich breit macht, wird es auch Ihnen begreiflich sein, daß hier Gedanken vorgetragen werden, die bei wiederkehrenden berartigen Perioden sich wieder einstellen können. Da unser Antrag zweifellos die Verwendungen von Mitteln nötig macht, bleibt nichts übrig, als ihn einer Kommission zu überweisen. Ich hoffe, daß auch in heute gegenwärtigen Kreisen sich die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines städtischen Zentral-Arbeitsnachweises Bahn bricht und beantrage die Ueberweisung an eine Kommission.

Stadttr. Spinola u. Gen. beantragen einfachen Uebergang zur Tagesordnung.

Stadttr. Spinola: Wir haben dasselbe Mißgefühl mit den armen Arbeitlosen, wie die Antragsteller, aber die Annahme des Antrags würde das Recht auf Arbeit proklamieren und auf diese Bahnen des Zukunftsstaates wollen wir uns nicht drängen. Der Zentralverein für Arbeitsnachweis, der hier unter dem Vorsitz des Magistratssekretärs Freund besteht, leistet sehr viel und sehr Segensreiches (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), und wir haben keine Veranlassung, in diese Thätigkeit einzugreifen. Die Herren Antragsteller knüpfen immer wieder an den Nothstand an, um uns mit Anträgen zu kommen, die unnütz die Zeit der Versammlung, die Wichtigeres zu thun hat, in Anspruch nehmen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Stadttr. Vogtler: Die letztere Aeußerung des Vorredners beweist, wie irrthümliche Anschauungen über die Frage der Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises vorhanden sind; aus diesem Grunde schon ist es dringend notwendig, diese Frage über den durch Ihre Gepflogenheiten ziemlich beschränkten Rahmen der Diskussion hinaus eingehend zu erörtern. Der Antrag ist nicht aus der jetzigen großen Arbeitsnoth hervorgegangen, oder doch nur zum Theil; er strebt eine Einrichtung an, die dauernd die Nothstände mildert. Die Ausführungen des Herrn Spinola zeigen, daß über die Bedeutung eines wohlorganisirten Arbeitsnachweises noch außerordentlich viel Verwirrung und Dunkelheit in den Köpfen herrscht. Eine Ausschussberatung ist um so mehr geboten, als wir die Verpflichtung haben, alle Anregungen, die an uns nach der Richtung herantreten, auf das gewissenhafteste zu prüfen und nicht durch einfache Tagesordnung über den Haufen zu werfen (Beifall bei den Sozialdemokraten).

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Tagesordnung mit 44 gegen 33 Stimmen angenommen.

Ein zweiter Antrag derselben Mitglieder geht dahin:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, die von ihm beschäftigten Hoch- und Tiefbau-Unternehmer, sowie die mit Straßenanlagen und Pflasterungen beauftragten Unternehmer zu veranlassen, daß vom 1. April d. J. an Einrichtungen auf den Arbeitsplätzen getroffen werden, bei denen es den von den Unternehmern beschäftigten Arbeitern ermöglicht wird, die Arbeitspausen in geschlossenen Räumen zuzubringen.

Antragsteller Stadttr. Bernau: Die Forderung unseres Antrages wird seitens der Berliner Gewerkschaften seit langer Zeit erhoben; speziell die Bauhandwerker haben sie oft in ihren Versammlungen erörtert. Die Gewerkschaften konnten aber nichts erreichen, da die Unternehmer sich ebenso wie gegen die Verlegung der Arbeitszeit auch gegen Einrichtungen im Sinne des Antrages gestäubt haben. An der Hygiene-Ausstellung vom Jahre 1889 beteiligten sich die Berliner Maurer insofern, als sie eine Baubude errichteten, die ihrer Ansicht nach dasjenige bietet, was im Sinne des Antrages verlangt wird, ausreichenden Schutz vor den Witterungsverhältnissen. Man wollte daneben aber auch eine Baubude aufstellen, nicht wie sie sein sollte, sondern wie sie ist, um dem Publikum vor Augen zu führen, unter welchen Standverhältnissen die Arbeiter während der Späupausen lampiren müssen. Die Verhandlungen hierüber, welche Baumeister Felisch leitete, scheiterten, indem uns gesagt wurde, daß für diese zweite Baubude kein Platz auf der Ausstellung sei. (Hört! Hört!) Die aufgestellte Baubude bestand aus Fachwerk, das einfach mit Kantenbrettern ohne Nagelung zusammengefügt war und also leicht und ohne Beschädigung der Holzgerüste abzubauen und anderweitig aufzustellen war. Die Baubude war u. a. auch mit Verbandslatten für vorkommende Unglücksfälle angehängt. Die wirklich in Gebrauch befindlichen Baubuden bieten alles dieses nicht. Sie sind zugänglich für Wind und Wetter, sie sind für die Arbeiter viel zu klein und bieten ihnen nicht den geringsten Schutz. Der Arbeiter, der gezwungen ist, bei jeder Witterung, so lange es irgend geht, zu arbeiten, kann es in diesen Buben bei ungünstigen Wetter nicht aushalten. Rheumatismus ist die unausbleibliche Folge. Er ist gezwungen, die wenigen Groschen, die er hat, zuzusehen, um anderswo Schutz zu suchen. Wie auf den Privatbauten, ist es auch auf den städtischen Bauten. Die Baubureau sind in gutem Zustande, aber ganz elend ist die Bude des Bauwärters, die nur aus einem kleinen ganz primitiven Zimmerchen besteht, das der Mann meist noch mit Frau und Kindern theilen muß. Ist diese Wohnung schon miserabel, dann sind die Räumlichkeiten für das Arbeiterpersonal um so miserabler, und hier müßte doch von den städtischen Behörden am ehesten Abhilfe erwartet werden. Sie schaffen für die Arbeitslosen Obdach und Warmehallen, Sie müssen also doch endlich den Arbeitenden Räume schaffen, in denen sie während der Arbeitspausen geschützt sind. Jahre lang schon streiten die Töpfer, weil sie die Forderung erheben, daß sie vom Eintritt der rauhen Jahreszeit an nur in verlassenen Räumen arbeiten wollen. Tausende von Mann müssen sie opfern, bloß um durchzugehen, daß der Unternehmer die Vergütung vornimmt. Eine Deputation, die beim Polizeipräsidenten vorstellig wurde, ist mit schönen Worten abgefunden worden; aber gefehlen ist nichts. 1889 hat uns Herr Felisch versprochen, wenigstens bei der Baudeputation und bei der Baupolizei dahin zu wirken, daß bei Ertheilung der Baufreigabe eine Bedingung im Sinne unseres Antrags angenommen würde; er hat aber nicht Wort gehalten, und wir erwarten jetzt von den Behörden, daß unsern Antrag Folge gegeben wird. Die gerügten Mißstände betreffen nicht nur die Maurer, Zimmerer und Töpfer. Er steht gerade ebenso traurig bei den Straßenarbeitern, die oft auf den nackten Pfählen kampiren und ihre Mittagruhe halten müssen. Sie werden vielfach erst durch einen Regen, der sie vollständig durchnäßt, erweckt. Natürlich muß die Gesundheit des Arbeiters unter solchen Umständen gerütert werden. Bei den Kanalarbeiten in der Frankfurter Allee hat der Magistrat schon etwas für Abhilfe gethan. Man hat dort Bänke mit Kochöfen zur Unterkunft für die Arbeiter aufgestellt. Diese Einrichtung muß aber allgemein für die Steinseher, die Kuppelbauer u. s. w. getroffen werden. Die städtischen Behörden werden mit solchen Einrichtungen einem großen Theil der arbeitenden Bevölkerung einen Dienst erweisen.

Stadttr. Dinske beantragt Ausschussberatung, da der Antrag einen berechtigten Kern enthalte und da auch ein Grundbesitzerverein dieselbe Forderung gestellt habe.

Der Antrag geht nach kurzer Geschäftsordnungs-Debatte an einen Ausschuss von 10 Personen.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Der Oberbürgermeister von Charlottenburg hat den Arbeitslosen, welche daselbst eine Versammlung abhielten und beschloßen, bei dem Charlottenburger Magistrat um Einführung des Achtstundentages, Lohnaufbesserung und sofortige Einstellungen von Arbeitslosen bei der Straßenreinigung vorstellig zu werden, eine Antwort ertheilt, die wir zwar in ihren allgemeinen Umrissen bereits brachten, die aber jetzt auch von der Charlottenburger Zeitung, dem Organ der Gemeindevertretung, noch ganz besonders der Öffentlichkeit übergeben wird. Danach gab jener Herr — Frische ist sein Name — seiner sozialpolitischen Weisheit in folgender Weise Ausdruck:

Es sei der Grundirrtum, der sich durch die Arbeiter-Verhandlungen der Neuzeit hindurchziehe, daß den Arbeitern dem Staat und den Gemeinden gegenüber ein Recht auf Arbeit zustehe. Niemand habe ein „Recht“ auf Arbeit, vielmehr sei in jeder seines Glückes Schmied, und auch der Arbeiter nehme in Kampfe mit des Lebens Mühen und Sorgen keine andere Stellung ein wie der Handwerker, der Gewerbetreibende

u. s. w. Eine andere Frage sei es, ob nicht die gegenwärtig anhaltende Unbill der Witterung diesen und jenen Familienvater in besondere Bedrängnis zu bringen geeignet sei und ob es nicht das öffentliche Interesse in Verbindung mit dem Geseh der Nächstenliebe angezogen erscheinen lasse, daß sich die Gemeindeverwaltung eines Theiles der bedrängten Arbeiter annahme. Von diesem Gesichtspunkt aus, aber auch nur von diesem, würde er in den einzelnen Ressorts Umfrage halten und je nach dem Resultat in den Grenzen der Möglichkeit auf Zuweisung von Arbeit bedacht sein — mit welchem Erfolge, vermöge er freilich nicht abzusehen. Soweit es sich dagegen um achtstündige Arbeitszeit und Lohnverbesserung handelte, würden sie einen Bescheid überhaupt nicht ertheilen; wenn das nicht anstünde, der möge sich seine Arbeit anderswo suchen.

Diese Antwort unterscheidet sich in merkwürdiger Weise von denen, die bei ähnlichen Gelegenheiten und von anderen Magistraten, beispielsweise von dem Berliner Magistrat, ertheilt worden sind. Sie ist „bestimmter“, „energischer“, — sie ist vor allen Dingen offener. Bisher sind die Arbeitslosen mit einem mehr oder weniger bedauernden Achselzucken abgewiesen worden. Es war keine direkte Weigerung zu helfen; man konnte den Magistraten immer noch eine bona fides zubilligen, denn sie vermochten ja, wenigstens ihrer Angabe nach, nichts von einem Nothstand zu bemerken. Anders Herr Frische. Er hat mit diesem System, das zum mindesten wie ein geriebenes Gerstkehlchen aussieht, gebrochen. In die ungewisse Zukunft hat sein kräftig Wortlein hineingeleuchtet, wie ein großer Blitzstrahl. Was in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung noch unklar hervortrat, etwa dann, wenn Herr Neper I in seiner genialen Weise der Stimmung der „freisinnigen“ Majorität Ausdruck verlieh, das hat der Charlottenburger Oberbürgermeister klar und deutlich ausgesprochen: Von der bürgerlichen Gesellschaft ist auch da nichts zu erwarten, wo sie als Vertreterin des „öffentlichen Interesses“, der „Gesamtheit“ auftritt. Von der bürgerlichen Gesellschaft ist überhaupt nichts zu erwarten, sie vertritt eben immer nur sich selbst und ihr eigenes Interesse. Wenn Herr Frische erklärt, daß er es trotzdem mit Rücksicht auf die gegenwärtige Unbill der Witterung als im „öffentlichen Interesse“ liegend erachte, daß sich die Gemeindeverwaltung eines Theiles der Arbeiter annahme, und daß er zunächst in den einzelnen Ressorts Umfrage halten werde, dann darf man überzeugt sein, daß er den Bogen nur deshalb nicht zu straff spannen will, weil er das schließliche Brechen fürchtet. Ein zu großer Nothstand unter der Arbeiterbedrängung schädigt zugleich Hunderte und Tausende von Händlern, Gewerbetreibenden u. s. w. und in weiterer Konsequenz auch den Steuerfiskus. Herr Frische braucht nicht erst zu versichern, daß er „nur von diesem Gesichtspunkte aus“ Umfrage halten würde. Daß eine bürgerliche Stadtvertretung zugleich nach dem Gebote der Nächstenliebe verfähre, womit Herr Frische den Charlottenburger Magistrat so wirkungsvoll zu dekorieren suchte, glaube ich keines höchstens — Herr Frische selbst.

Die Charlottenburger „Neue Zeit“ schreibt: Die Nothstandfrage kam in der letzten Sitzung des Magistrats zur Verhandlung. Im allgemeinen wurde anerkannt, daß eine Nothlage durch die Strenge des Winters herbeigeführt worden sei. Man betonte, daß Arbeiten, welche die Stadt ausführen lassen könnte, bei der hohen Schneelage und infolge des mindestens einen Meter tief ins Erdreich gedrungenen Frostes nicht durchführbar sind. Die Frage, ob den Arbeitslosen durch das Fortschaffen des Schnees eine Einnahme verschafft werden solle, wurde mit der Begründung verneint, daß erstens doch nur eine begrenzte Zahl von Arbeitslosen beschäftigt werden könnte und der Hauptverdienst den Fuhrunternehmern zufließen würde. Sodann trat man in die Erörterung der Hauptfrage ein, auf welche Weise man da, wo die wirkliche Noth eingetreten habe, Abhilfe schaffen könne und zwar müßten, wie ausgeführt wurde, Mittel und Wege gefunden werden, um nicht nur den Arbeitslosen zu helfen, sondern auch denjenigen, für welche keine Beschäftigung geschaffen werden kann, namentlich den Wittwen. Zur Prüfung der Frage, wie der Nothstand gemildert werden kann, wurde ein Ausschuss von fünf Mitgliedern ernannt, welcher sich mit der Verwaltung der Volkshalle des Vaterländischen Frauenvereins, sowie mit dem Verein gegen Verarmung in Verbindung setzen und dann geeignete Maßnahmen zur Linderung der Noth ergreifen soll. Zu diesem Zwecke wurden dem Ausschuss Mittel zur Verfügung gestellt. Es sollen nicht nur die Familienväter und die einzelnen Arbeitslosen berücksichtigt werden, sondern auch die des Ernährers beraubten Familien. Die Unterstützungen, welche gewährt werden, gelten, woraus wir noch aufmerksam machen wollen, keineswegs als Armen-Unterstützungen im Sinne des Gesetzes, jenen also keineswegs den Verlust von öffentlichen Rechten nach sich.

Das heißt doch wohl, die Linderung des Nothstandes im wesentlichen der faktisch bekanntem Privatwohlthätigkeit zuweisen! Unser Urtheil über diese kennen die Leser. Wir fürchten, laum der Täuschung zu verfallen, wenn wir meinen, daß die von den Charlottenburger Stadtverordneten beliebte Maßnahme auf dasselbe hinauslaufen wird, als wenn man die Gluth des heißen Steins mit einem Tropfen Wasser löschen wollte.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonnabend, den 21. Januar, feiert die Arbeiter-Bildungsschule im Fren-Palast, Burg- und Wolfgangstr. 10, ihr zweites Stiftungsfest. Der Vorstand hat alles aufgedoten, um diese Feier zu einer recht würdigen zu gestalten. Außer dem reichhaltigen Konzertprogramm wird eine Reihe von „lebenden Bildern“ zur Aufführung gelangen, welche die denkbar wichtigsten Episoden aus der großen französischen Revolution darstellen. Es befinden sich hierunter eine ganze Anzahl großer Massenbilder, die um so anziehender erscheinen werden, als die Arrangements sich bemüht haben, in Bezug auf die Dekoration und Kostümierung mögliche historische Treue zu erreichen. Das Konzert, sowie die musikalische Begleitung zu den einzelnen Bildern (Die Marschallin — Vitell's Overture zu „Robespierre“ — Berlioz's Symphonie phantastique — Saint-Saens' „Lobtentanz“ u.) werden von der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmänner unter Leitung ihres Dirigenten, Genossen Scholz, ausgeführt. Die Festrrede hat Genosse Liebnicht übernommen. Außerdem haben vier Gesangvereine ihre Mitwirkung zugesagt. Eintrittskarten à 30 Pf. sind in allen Schulen und Buchhandlungen in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. In betracht der Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsschule und ihrer Möglichkeit für die Arbeiter ist eine recht rege Theilnahme erwünscht.

In einem rechten Proletarierfest im wahren Sinne des Wortes gestaltete sich das zweite Stiftungsfest des Bes- und Distriktsclubs „Süd-Ost“, welches derselbe am Sonntag Abend in Jock's Festsaal feierte. Lange vor Beginn waren bereits die mit der Dekoration des Wahlkreises aufs geschmackvollste decorirten Räume dicht besetzt. An Stelle des verbrühten Genossen Paul Singer hielt Genosse Assint die Festrrede. In trefflichen Ausführungen zog derselbe einen Vergleich zwischen den Festen der im Ueberflus schwebenden Bourgeoisie, sowie denen des Proletariats, die Genossen ermahnd, noch wie vor ihrem Bestehen, sich Wissen anzueignen und gegenseitig aufzuklären, treu zu bleiben. Durch Wissen zur Macht, sei unsere Lösung. Genosse Assint schließt seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede mit den Worten Stauffacher's im Zell: „Jetzt gebe Jeder seines Weges still u.“ Verschieden durch Gesänge des zwar noch jungen, doch bereits recht leistungsfähigen Gesangvereins „Berliner Buchdrucker“, sowie einiger humoristischen Pöcen und Auf-führung des Enakters „Die Dorf-Kommunisten“ vom Theaterverein „Lustspiel“ Neben die Theilnehmer noch manche heitere Stunde besaßen. Den Schluß dieses schönen Familienschauspiels bildete ein Tanzkränzchen, welches auch noch der Jugend zu ihrem Rechte verhalf.

